

Die „Freie Welt“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und
Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie
Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Berater“. Der Gesamt-
beleg des Jahres (Druck und Post) für den Monat August 10.— Mk.,
im voraus zahlbar. Fernsprechanlagen nehmen sämtliche Volkswirtschaften entgegen.
Fernsprecher: Danks 1970, 1971 und 1972.
Redaktionssekretariat: Danks 5593.

Die stoffgebundene Nonpareil-Anzeige oder deren Raum kostet 25.— Mk.,
einschließlich Inserentensteuer. Kleine Anzeigen: Das seitgedruckte Wort
4.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk., einschließlich Inserentensteuer.
Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche
16.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das seit-
gedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Redaktion: Fernsprecher Danks 4190, 4191 und 4192,
Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freie Welt

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Streiks in Ungarn

L. H. Wenn man selbst in arger Not ist und von früh bis spät alle Kräfte anspannen muß, um nur sein eigen Haus und Hof vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren, ist man wohl nicht in der Laune, den Sorgen und Klagen des Nachbarn ein willig Ohr zu leihen. Und dann — Deutschland ist groß und Ungarn ist weit.

Die deutsche Arbeiterschaft kann nicht so denken. Nicht etwa aus Gründen irgendeiner unklaren „Sympathie“ mit all denen, die ein noch schwereres Schicksal zu erdulden haben und auch nicht aus jenem starken Gefühl für Hilfs- und Tatbereitschaft allein, wie es der Arme und Schwache, der Proletarier, instinktmäßig für seinen Klassen-genossen empfindet. Nein, je mehr der deutsche Arbeiter heute gezwungen ist, alle seine Kräfte im täglichen Kampf ums Stüdtchen Brot einzusetzen, desto gebieterischer erwacht ihm die Pflicht, seinen Blick klar und scharf zu erhalten für alles politische Geschehen jenseits der Landesgrenzen. Gerade weil das deutsche Proletariat immer fester in die Sorgen des Tages verstrickt, seine Bewegungsfreiheit so beengt steht, ist die Gefahr vorhanden, daß es auch die einheitliche große Linie, die internationalen Zusammenhänge seines Kampfes aus den Augen verliert. Und diese Gefahr kann nur gebannt werden, wenn der Arbeiter immer wieder in der internationalen Solidarität nicht eine bloße Schwärmererei, sondern lebendige Wirklichkeit, enge internationale Kampfgenossenschaft erkennt.

Bis voriges Jahr noch stand das weiße Ungarn auf der Tagesordnung aller proletarischen Kongresse. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgten alle Arbeiterparteien Europas den Volksthumweg des ungarischen Proletariats. Die entsetzlichen Schmerzensschreie, die aus dieser weißen Hölle drangen, weckten alle Klassenbewußten Proletarier nicht nur zu schärfsten Protesten und Drohungen, sondern auch zu energischster Aktion, die seit dem Kriege die Internationale der Arbeitenden durchgeführt hat.

Aber auch später noch begegneten alle politischen Vorgänge in Ungarn dem großen Interesse besonders bei den Arbeitern der Nachfolgestaaten und Deutschland. Wußten doch diese nur allzu gut, daß es ihre eigene Sache war, die in Ungarn drüben mitentschieden wurde. Dieses Volkwerk, das Horthy im Auftrag des französischen Imperialismus als äußersten Vorposten gegen das Rußland und die jungen Republiken Mitteleuropas von Tag zu Tag stärker ausbaute, stellte eine unerträgliche Bedrohung des Kampfes der mitteleuropäischen Arbeiterschaft dar.

Heute ist es ruhiger geworden um Ungarn. Nicht etwa deshalb, weil sich die politischen Verhältnisse dort grundlegend wandelten, die Lage der Arbeiterschaft sich wesentlich gebessert hat. Die deutsche Arbeiterschaft ist heute nach vier Jahren eines schweren Kampfes zu gewohnt, um sich durch die so plumpen Spiondien, die alle paar Wochen drüben von Horthy und seinen Getreuen in Szene gesetzt werden, täuschen zu lassen. Weder die Neuwahlen vor ein paar Monaten, noch das Gerichtsverfahren, das in letzter Zeit gegen einige Unterführer des Mordhauptlings Hessa durchgeführt wurde, noch den Landauprozess, der gegenwärtig in Budapest in großer Aufmachung stattfindet und in dem gegen einige unverantwortliche Banditen verhandelt wird, die einen reichen jüdischen Kaufmann auf einer Strafexpedition „verhaftet“ und dann in bestialischer Weise im Budapest Militärgefängnis langsam zu Tode gemariert haben, während die verantwortlichen Auftraggeber der Banditen das Geld des Landau einsteckten und ordengeschmückt und zu Rittern geschlagen über den Dorso flanierten, können die traurigen Tatsachen verdunkeln. Noch wimmelt es in Ungarn von Konzentrationslagern, noch herrscht der weiße Terror unumschränkt im ganzen Lande, noch ist die Horthyarmee nicht entwaffnet und die „erwachenden Magnaten“ sind die wahren Herren in der Hauptstadt und auf dem flachen Lande. Und die ökonomische Lage der Arbeiterschaft ist so verzweifelt, wie sie nach der Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisationen, Konsumvereine, Hilfsklassen usw. und bei der allgemeinen trostlosen wirtschaftlichen Situation des Landes, die noch durch eine schlechte Ernte verschärft wird, nur sein kann.

Wenn das Horthyregime augenblicklich nicht mehr so im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit steht, so deshalb — und das zeigt auch genügend klar, wie sich die politischen Verhältnisse in Europa im letzten Jahre gewandelt haben —, weil Ungarn heute leider nicht mehr jene Rekordstellung einnimmt wie

Eine Aktion der Gewerkschaften

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände sind gestern beim Reichskanzler Dr. Wirth vorstellig geworden, um über Forderungen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter und Angestellten zu verhandeln. Die Gewerkschaftsverbände sind der Auffassung, daß zur Verhütung eines Zusammenbruchs der Wirtschaft sofort von der Reichsregierung energische Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Ueber das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen lassen die Gewerkschaften die sozialistische Presse völlig im Dunkeln tappen. Wir sind deshalb gezwungen, eine bürgerliche Korrespondenz zu Hilfe zu nehmen, die u. a. folgendes meldet:

Der Konferenz, die von Reichskanzler Dr. Wirth geleitet wurde, wohnten Staatssekretär Hommer, Staatssekretär Japp, Ministerialdirektor von Schlieben, Ministerialrat Dr. Kühnemann und Ministerialdirektor Ritter bei. Von den Organisationen waren anwesend:

- der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund,
- der Deutsche Gewerkschaftsbund,
- der Gewerkschaftsring
- und die IFA.

Der Reichskanzler leitete die Besprechung mit einer Schilderung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage ein. Es sei einer der bittersten Tage, die das deutsche Volk durchleben müsse, an dem der Dollar einen Stand von 2000 erreicht habe. Die Verhandlungen mit den Mitgliedern der Reparationskommission hätten bis hierher um die Forderung von Kohle und Holz gehandelt. Die Regierung habe der Kommission das Angebot gemacht,

Reservefonds in fremden Wäleten

anzulegen, auf die die Entente zurückzukehren solle, falls die deutschen Leistungen zuvorkommen Kohle und Holz nicht eingehalten würden. Dieser Vorschlag sei von den Herren Maudslayi und Bradburn jedoch zurückgewiesen worden. Recht verhandelt man über die Kohlengruben und die Forsten. Für die Realisierung sei bei den Verhandlungen die Grenze dort gezogen, wo die Gefahrung der Proviantversorgung des deutschen Volkes eintrete.

Der Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Grafmann, überreichte dann dem Reichskanzler die Vorschläge, die von den Gewerkschaften in einer gemeinsamen Vorbesprechung ausgearbeitet und angenommen worden waren. Man trat in die Debatte über die einzelnen Punkte dieser Vorschläge ein. In der Forderung, die Einfuhr von Luxusartikeln auf das Äußerste zu beschränken, erklärte der Reichskanzler, daß das Kabinett mit dieser Forderung sich eingehend befaßt habe und daß die notwendigen Prüfungen nunmehr abgeschlossen seien. Eine

Erhöhung der Abgaben auf Tabak, Kaffee

und eine Reihe von Luxusartikeln sei notwendig. Um einer Vorderorgana gewisser Kreise zu verhindern, werde die Regierung eventuell mit Einfuhrverboten arbeiten müssen. Zur Frage einer

Kontrolle des Außenhandels

erklärte Dr. Wirth, daß er persönlich einer solchen Maß-

nahme freundlich gegenüberstehe. Eine Fixierung unserer Währung, so wie die Gewerkschaften sie erreicht wissen wollen, sei nur möglich, wenn das Reparationsproblem von der Entente auf eine vernünftige Basis gestellt werde. Dagegen sei das Reichsfinanzministerium bereit, die Frage einer inneren Goldanleihe ernsthaft zu prüfen.

Zu dem Verlangen der Organisationen nach einer

schärferen Erfassung der Steuern

und vor allem einer schnellen Einführung der Einkommensteuer, erklärte Staatssekretär Japp, daß diese Forderung bereits erfüllt sei. Die Veranlagung für das Jahr 1920 sei abgeschlossen. Die Veranlagung für das Jahr 1921 werde Ende nächsten Monats vollendet sein. Die Forderungen der Landwirtschaft, die Beschaffung von künstlichen Düngemitteln durch Kreditgewährung mit Reichsgarantie zu erleichtern, werde gegenwärtig im Reichsfinanz- und im Landwirtschaftsministerium geprüft.

Weiter wurde die Frage der

Kartoffel- und Kleiderverordnung

der Viehausfuhr und der Ackerknappheit eingehend besprochen. Die Gewerkschaften reaten ein Alkoholverbot an. In der Forderung einer teilweisen Wiedereinführung der Zwangsarbeit erklärte der Reichskanzler, daß die Frage davon abhängig sei, ob das Volk noch jenseit moralische Kraft aufbringe, um eine Zwangsarbeit durchzuführen zu können. Dem Verlangen der Gewerkschaften, Schlemmer- und Luxuslokale mit schärferen Steuern zu belasten, so erklärte Staatssekretär Japp, sei zwar verständlich, doch könne das Reich hier nicht eingreifen, sondern müsse diese Sache den Gemeinden überlassen. Schließlich sprach der Reichskanzler noch über die

Frage für die Kleinrentner und Unterstützungsberechtigten.

Da das Reich für etwa 4-5 Millionen Hilfsbedürftiger einzutreten habe, sei der Gedanke einer umfassenden Volkssammlung erwogen worden. In der gerade jetzt im Herbst besonders brennenden Transportfrage bei der Reichsbahn erklärten die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, daß Minister Groener bereit sei, zur schnellsten Erledigung der Kartoffel- und Kohlentransporte Prämien für Ueberarbeit an die Beamten zu zahlen. Die Organisationsvertreter reaten dann ferner an, daß die Errechnung der Reichsindexziffern die sehr häufig angezweifelt werden, auf andere Grundlage gestellt werden solle. Es würde sich empfehlen, hierzu Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuzuziehen.

Zum Schluß sagte der Reichskanzler zu, daß nach Prüfung aller Fragen durch die Ressorts das Reichskabinett nach erneuter Verhandlung mit den Gewerkschaften endgültige Beschlüsse fassen werde.

Wir bringen diesen Bericht mit allen Vorbehalten. Die Zweifel, die wir ihn gegenüber hegen, veranlassen uns auch, unsere Stellungnahme zur Aktion der Gewerkschaften solange zurückzustellen, bis ein zuverlässiger Bericht vorliegt.

vor zwei Jahren. Nicht, weil es in Ungarn besser, sondern weil es in ganz Europa schlechter geworden ist, sind die Proteste gegen den Horthyregime spärlicher geworden und schließlich verstummt. Und als kürzlich das Büro der Zweiten Internationale in Prag zusammentrat, da mußte es seine Stimme für die italienische Arbeiterschaft erheben — die Faschisten haben ihre ungarischen Lehrmeister übertroffen.

Nimmt Ungarn aber auch aus anderen Gründen nicht mehr jene prominente Stellung im System der europäischen imperialistischen Reaktion ein wie ehemals — das Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland wird im gleichen Maße entbehrlich, als aus dem Rußland der revolutionären Sowjets ein Rußland der französischen, englischen und amerikanischen Konzeptionäre wird — so bildet es nach wie vor eine schwere Bedrohung der mitteleuropäischen Demokratien, insbesondere Deutschlands. Erst in den letzten Tagen sind wieder die Fäden, die Ruhr-Regen und Horthy-Ungarn eng verknüpfen, recht offenbar geworden und die Brücke, die die Ehrhardtente von München nach Budapest geschlagen haben, scheint um so fester und tragfähiger, als sie über Oesterreich geht, dessen trostlose, von Tag zu Tag katastrophalere wirtschaftliche Lage, die Widerstandskraft seiner Arbeiterschaft naturgemäß unterwühlt.

Aus all diesen Gründen muß es uns mit besonderer Befriedigung erfüllen, wenn wir jetzt erfahren — die deutsche Presse bringt darüber nur ganz nichtssagende und unklare Berichte und man ist auf die Meldungen der Wiener Presse angewiesen —, daß seit Tagen Budapest Mittelpunkt einer großen Streikbewegung ist. 40 000 Arbeiter der 22 größten Eisenwerke und Maschinenfabriken, darunter solche wie der Manfred Weißchen und der Ganz-Danubius-W.G., der bedeutendsten Industrie-Unternehmungen Ungarns, stehen im Streik, der sich laut den letzten Meldungen auch auf die Provinz ausdehnt. Aber auch die Lederfabrikarbeiter und Baumwollarbeiter sind im Aufstand und aus verschiedenen Provinzen werden kleine Revolten der Landarbeiter gemeldet.

Es wäre natürlich voreilig, an diese Meldungen irgendwelche optimistischen Hoffnungen zu knüpfen. Aber daß allen Martern und Peinigungen zum Trotz die ungarische Arbeiterschaft doch wieder langsam ihre Bewegungsfreiheit und Aktionskraft zurücklangt, das ist geeignet, auch in der Arbeiterschaft der anderen Länder von neuem das heute so notwendige Bewußtsein ihrer endlich sieghaften Kraft und die Gewißheit zu geben, daß die Horthys und jene, die es werden wollen, nicht unbeflegbar sind.

Die Kapitulation des Reichs

Weiteres Nachgeben der Reichsregierung gegenüber Bayern

Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, dessen Ursache die Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik war, ist nunmehr beigelegt. Aber diese Beilegung des Konfliktes erfolgt recht einseitig. Bayern hat ein Gesetz, das, da es als Verfassungsänderung betrachtet worden war, vom Reichstag mit zwei Drittel Mehrheit angenommen worden ist, offen als für Bayern nicht bestehend erklärt, dadurch einen Vorstoß gegen den Bestand des Reiches unternommen, was im Strafgesetzbuch als Hochverrat bezeichnet wird, durch eine Sonderverordnung in die Befugnisse des Reichs eingegriffen und sich außerdem über die Reichslegislative sowie über die allgemeine Judikatur hinweggesetzt. Darob herrschte im Lager der Reaktion große Freude, weil man in dem Vorgehen Bayerns einen Sieg über die „Berliner Tendenzen“ und eine Durchkreuzung des ersten gesetzlichen Versuchs zum Schutze der Republik und zur Eindämmung der antirepublikanischen Agitation erblickte.

Gerade dieses Frohlocken der Reaktion hätte für die Reichsregierung Anlaß sein müssen, mit aller Schärfe gegen die bayerische Fronde vorzugehen, ja, es wäre ihre Pflicht gewesen, dies zu tun, nicht nur ihrer eigenen Autorität willen, sondern auch des Bestandes der Republik wegen. Trotzdem ist seitens des Reiches nichts derartiges geschehen.

Im Gegenteil, man lud Verchenfeld zu einem Besuch nach Berlin ein, um mit ihm zu verhandeln. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in einem Protokoll niedergelegt, das die Unterschriften Verchenfelds und des Reichskanzlers Dr. Birtz trägt. Weitgehende Zugeständnisse wurden gemacht, Zugeständnisse, die als unvereinbar mit dem Gesetz bezeichnet werden müssen. Aber sie genügt der bayerischen Reaktion noch nicht. Sie bezeichnete die Berliner Abmachungen als ungenügend, und im Anschluß daran wurden abermals Verhandlungen in Berlin angekündigt. Was im einzelnen dabei herauskam, ist weiter unten mitgeteilt.

Die neuen Abmachungen, die in 8 Absätzen festgehalten sind, bedeuten eine noch schlimmere Kapitulation, als das Berliner Protokoll bereits darstellt. Namentlich der Absatz 1 über die Bildung eines süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof kommt in seiner Wirkung einer Aufhebung des Gesetzes in Bayern bedenklich nahe. Denn die Zusammensetzung dieses Senats geschieht nach den Wünschen Bayerns, und darüber wird kaum ein Zweifel bestehen, daß die bayerische Regierung nur Richter bzw. Laienrichter ernannt, deren „Unverletzlichkeit“ unfraglich ist. Darüber hinaus wird in Absatz 5 der Abmachungen bestimmt, daß die Überweisung der Strafsachen an die ordentlichen Gerichte die Regel bilden wird, das heißt, die faktisch bekannten bayerischen Gerichte werden fast alle Fälle der antirepublikanischen Bestrebungen abzurteilen haben. Im letzten Absatz wird besonders betont, daß die Reichsregierung nicht einmal von ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit gegenüber den Ländern vollen Gebrauch machen wird. Daß gerade von diesem Absatz der reaktionäre „Tag“ begeistert ist darf nicht Wunder nehmen, und wir verstehen es voll und ganz, wenn dieses Blatt schreibt, daß damit ein wesentliches Stück der Reichsverfassung preisgegeben ist, zugunsten der historischen Rechte der deutschen Länder.

Der Sieg der bayerischen Reaktion ist ein großer. Aber das letzte Wort in dieser Sache hat der deutsche Reichstag zu sprechen. Von seiner Entscheidung hängt es ab, ob Reichsgesetze von einzelnen Ländern außer Kraft gesetzt werden können.

Der Sieg Bayerns

München, 23. August. Ueber die neuerlichen Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern in Berlin geht der Bayerischen Staatszeitung von amtlicher Seite ein Bericht zu, dem folgendes entnommen ist:
Die neuerlichen Besprechungen vom 19. und 20. August

1929 haben zu einer weiteren Klärung und in wichtigen Punkten zu einer Ermäßigung des leitenden Verhandlungsergebnisses geführt. Das Ergebnis der neuerlichen Besprechungen, wie auch eine Anzahl bereits früher vereinbarter Punkte wurde in geeigneter Weise schriftlich festgelegt. Das Ergebnis ist in der Hauptsache folgendes:

1. Beim Staatsgerichtshof wird ein süddeutscher Senat gebildet. Die Ernennung seiner Mitglieder erfolgt nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen. Ihm werden drei bayerische Laienrichter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsbräute angehören. Als Laienrichter können ausschließlich oder zum Teil Personen vorgeschlagen werden, welche die Befähigung zum Richteramt besitzen. Der Senat kann auf Grund eigener Beschlusfassung nach Belieben auch an einem süddeutschen Ort tagen.

2. In den Fällen, in denen die Zuständigkeit des süddeutschen Senats gegeben ist, wird das Vornachschlagsrecht vom Reichspräsidenten im Benehmen mit der Landesregierung oder auf deren Anregung ausgeübt.

3. Nach Maßnahmanahme mit der bayerischen Regierung wird ein bayerischer Beamter der Reichsanwaltschaft als Referent des Oberreichsanwalts bestellt.

4. Es wurde neuerdings mit Nachdruck betont, daß die Überweisung der Strafsachen an die ordentlichen Gerichte die Regel bilden werde. Die bayerischen Staatsanwälte werden angewiesen werden, bei Vorlage der Akten an den Oberreichsanwalt sich darüber zu äußern, ob sich eine Sache zur Behandlung vor dem Staatsgerichtshof oder vor den ordentlichen Gerichten eignet. Die Verfügungen werden von der Oberreichsanwaltschaft sachgemäß berücksichtigt werden.

5. Ueber die Reichsregierung noch die Landesregierung darf auf eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs in Verwaltunsachen traend welchen Einfluß nehmen.

6. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches, die Staatspersönlichkeit und die Souveränität der Länder wurden neuerdings anerkannt. Dessen wurde wiederholt angedeutet, daß das Reich die Souveränität der Länder nicht unter Abänderung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches an sich ziehen wolle. Darüber hinaus wurde zugesichert, daß die Reichsregierung von den noch nicht ausgeschöpften Zuständigkeiten nicht ohne Not und nicht ohne Zustimmung des Reichsrats Gebrauch machen werde, und daß sie nicht willens sei, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reiches durch neue Reichsmittel oder Reichsunterbehörden zu übernehmen.

Die amtliche Erklärung hebt zum Schluß den Erfolg der bayerischen Unterhändler sehr stark hervor und erklärt: „Unter diesen Umständen sei für Bayern wohl kein Grund vorhanden, an seiner einstweiligen Sonderverordnung festzuhalten, so daß mit der demnächstigen Aufhebung der Verordnung zu rechnen sei. Angesichts des bedeutenden Erfolges dürfe wohl eine baldige Beruhigung der weitesten Volkskreise, wie auch ein neuer Ansporn zu freudigem Zusammenwirken mit dem Reich erhofft werden.“

Was Verchenfeld unterstreicht

Der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld hat nach Abschluß des Konfliktes mit dem Reich Erklärungen abgegeben, die vor allem den Zweck verfolgten, nachzuweisen, daß die bayerische Staatsregierung die ursprünglich eingenommene politische Linie konsequent innegehalten habe. Weiter erklärte Graf Verchenfeld:

„Der Reichsbeschluss des Ministerrats, dem ergänzten Abkommen zustimmen, ändert nichts an der grundsätzlichen Auffassung der bayerischen Regierung, daß wesentliche Bedenken gegenüber dem Komplex der Schenkelsache nach wie vor weiterbestehen. Dessen Standpunkt habe ich bei dem Abschluß der ersten Besprechungen in Berlin klar und deutlich Ausdruck gegeben. Wenn die bayerische Staatsregierung nunmehr ihre Zustimmung zu dem ergänzten Berliner Abkommen im Einvernehmen mit den Koalitionsparteien erteilt hat, so hat sie dabei vor allem die ohnehnoitigen Ergebnisse berücksichtigt, die heute mehr als je eine politische Einheitsfront des Reiches und seiner Länder erfordern.“

Die Sonderverordnung aufgehoben

München, 24. August. Die bayerische Sonderverordnung zu dem Gesetze über den Schutz der Republik ist mit Wirkung vom heutigen Tage aufgehoben worden.

Ein Treppenwitz Bayerns

Auf eine Anregung der bayerischen Regierung erfolgte das Verbot der Berliner „Noten-Fahne“. Dieses Verbot hatte unser Münchener Parteiblatt „Morgenpost“ als Treppenwitz bezeichnet, weil sie, ebenso wie wir, es unerklärlich findet, daß Preußen ein Blatt unterdrückt, das die bayerischen Treiberer als Hochverrat gekennzeichnete hatte. Um aber zu zeigen, daß sie sich tatsächlich auf Treppenwitz versteht, hat nunmehr die bayerische Regierung — ob mit oder ohne Anregung Preußens sei dahingestellt — die Münchener „Morgenpost“ auf drei Tage verboten. Somit sie wahrscheinlich vermutet, daß Nichtverbot jener bayerischen Blätter ausgeglichen zu haben, die fortgesetzt die Reichsregierung beschimpfen.

Arbeiterkammern in Sachsen

Das sächsische Arbeitsministerium veröffentlicht den Entwurf eines Arbeiterkammergesetzes. Für den Freistaat Sachsen sind neben einer Landesarbeiterkammer fünf Bezirksarbeiterkammern vorgesehen, und zwar in Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zittau. Die Landesarbeiterkammer besteht aus 100, die Bezirksarbeiterkammern aus je 60 von Arbeitnehmern zu wählenden Mitgliedern. Die Kammern haben die Aufgabe, in den die Gesamtheit der Arbeitnehmer betreffenden Fragen grundlegender Art den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer zu dienen. Sie haben insbesondere über Gesetze, Verordnungen usw. vor deren Erlaß Gutachten zu erstatten, sowie Wünsche, Beschwerden und Anregungen an die Behörden zu geben. Die Kammern sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und unterstehen der Aufsicht des Arbeitsministeriums.

Die Forderung nach Arbeiterkammern wird schon seit Jahren von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien erhoben. Während aber im Reich diese Forderung bisher an dem Widerpruch des Unternehmertums und der bürgerlichen Parteien scheitert, ist, hat die sozialistische Regierung Sachsens nunmehr diesem Verlangen stattgegeben und die Initiative zur Schaffung von Arbeiterkammern ergriffen.

Die Internationale des Pogroms

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“:
Vor kurzem wurde mitgeteilt, daß dem oft genannten Führer der „ermordeten Magyaren“, dem ehemaligen Oberleutnant Jwan Hojas, von dem reichsdeutschen Verbande „nationalgefühnter Soldaten“ die Verbandsmedaille am schwarz-weiß-roten Bande mit Schwertern überreicht worden ist; die gleiche Auszeichnung haben der Vater und der Bruder des Hojas erhalten. Diese Auszeichnung — als solche wird die Verteilung doch wohl von den Inhabern empfunden — soll nach den Aussagen denen verliehen werden, die im Kampf für die deutsche Sache und besonders für den großdeutschen Gedanken „Ihr Blut vergossen“ haben. Das ungarische Korrespondenzbüro, das die Tatsache mitgeteilt hat, führte diese Bestimmungen offenbar in ironischer Absicht an, um deutlich zu machen, wie sehr Hojas diese Medaille verdient habe. Daß er „sein“ Blut vergossen hätte, ist allerdings nicht bekannt geworden. Dagegen hat er das Blut so mancher seiner Mitbürger, vor allem Juden, aber auch Christen — und von diesen wieder soll er die evangelischen bevorzugen — reichlich vergossen. Aber das ist nicht eigentlich für den großdeutschen Gedanken geschehen, sondern die Motive waren zum großen Teil recht gemeiner Natur: Judenhass und Habgucht. Dann aber war es Hojas, der im vorigen Jahr die Banden organisierte, die es verhinderten, daß ein Teil Deutsch-Böhmen, besonders Dedenburg, zu Österreich kam und bewirkte, daß die Deutschen dieser Gebiete auch fernerhin der Segnungen der Hojas-Kultur teilhaftig bleiben. Im früheren Sinne großdeutsch ist das ja nun eigentlich nicht. Man könnte es eher für das Gegenteil halten. Aber die „nationalgefühnten Soldaten“ werden schon wissen, warum sie sich Hojas innerlich verbunden fühlen. Im Zeichen des Pogroms sind auch diese „Nationalen“ international und reichen sich die Hände über die Grenzen hinüber.

Eine Einheitskurzschrift

Die Stenographie, das unentbehrliche Hilfsmittel der Geschäfts- und Zeitungswelt, ist noch nicht Allgemeingut der Bevölkerung. Groß ist zwar die Zahl der jungen Damen, die hinter den Klappertischen Schreibmaschinen aus ihren Stenogrammbüchern das stichend ausgenommene gesprochene Wort mehr oder weniger geschickt auf das Briefpapier übertragen. Und ohne dieses Hilfsmittel wären die in den Parlamenten und jetzt so häufig tagenden Weltkonferenzen ernst schreibenden Berichterstatter nicht in der Lage, die von den einzelnen parlamentarischen Größen gesprochenen „Ewigkeitsworte“ dem wissensdurstigen Volkspublikum am nächsten Morgen schwarz auf weiß, und damit auch der Nachwelt, zu übermitteln.

Und doch ist die Kurzschrift, deren Erlernung an sich keine allzu großen Schwierigkeiten macht, nicht zu einem Kulturfaktor geworden. Schuld daran trägt die Vielheit der Systeme, als deren Hauptstufen Gabelberger und Stolze-Schrey in Betracht kommen. Der Kampf dieser Systeme um die Vorherrschaft mußte es naturgemäß verhindern, daß die Kurzschrift, so wie die Kurrentschrift, bereits in den Schulen als ordentliches Fach gelehrt wurde. So blieb es dem Ermessen des einzelnen überlassen, sich für sein späteres Fortkommen für irgendeines der bekannten Systeme zu entscheiden. Die Schwierigkeiten mußten sich besonders da ergeben, wo ein von einem „Gabelberger“ aufgenommenes Stenogramm nicht von einem „Stolze-Schreyer“ in die gewöhnliche Kurrentschrift übertragen werden konnte.

Der Deutsche ist bekanntlich sehr gründlich. Wie er noch heute als Kind neben der Lateinschrift auch die unsere Erachtens nach völlig überflüssige deutsche Schrift erlernen muß, so war es bisher auch nicht möglich, die einzelnen Anhänger der verschiedenen Kurzschriftsysteme unter einen Hut zu bringen. Seit 15 Jahren sind zwischen den einzelnen Regierungen und den hauptbeteiligten Systemen Gabelberger und Stolze-Schrey Verhandlungen gepflogen worden, ohne daß es möglich gewesen wäre, eine Einigung herbeizuführen. Erst in den letzten Tagen ist es gelungen, auf diesem Wege einen Schritt vorwärts zu kommen.

Vom Reichsamt des Innern ist vor kurzem der Bescheid über die Einheitskurzschrift für die deutsche Kurzschrift unterbreitet worden, der im wesentlichen ein

Kompromiß der beiden Hauptsysteme Gabelberger und Stolze-Schrey darstellt. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, die technischen Einzelheiten dieses Entwurfs eingehend zu würdigen. Es mag genügen, kurz festzustellen, daß es sich durchaus nicht um einen Notbehelf handelt, sondern um ein System, das in theoretischer und praktischer Hinsicht die an es gestellten Aufgaben wohl zu erfüllen vermag. Leider muß festgestellt werden, daß sich der vor einigen Tagen in Eisenach tagende Stenographentag der Schule Stolze-Schrey noch gegen den Entwurf sperzt, da er glaubt, die Feststellungsbarkeit und Einfachheit des Entwurfs als ein notwendiges System zu stellende Anforderungen verneinen zu müssen. Er hält es deshalb für erforderlich, die Verhandlungen fortzuführen, um das auch von ihm erstrebte Ziel der einheitlichen Kurzschrift in zufriedenstellender Weise bald zu erreichen.

Auf jeden Fall kann als festgestellt werden, daß die Verhandlungen der hauptbeteiligten Systemen mit dem Reichsamt des Innern in ein entscheidendes Stadium getreten sind. Gelingt es, in absehbarer Zeit — und diese Hoffnung darf man heute hegen — eine Einheitskurzschrift zu schaffen, so stehen wir vor einer Kulturtat von heute noch nicht zu überschender Tragweite.

Mit der neuen Einheitskurzschrift wird vor allem die Bahn frei gemacht werden für das Erlernen der Kurzschrift an den Schulen. Damit aber wird die Kurzschrift aus der Isolation, in die sie bisher durch den Konkurrenzkampf der Systeme hineingedrängt war, herausgehoben und zu einer Verkehrsschrift gemacht, die zwar nicht uniere gewöhnliche Kurrentschrift verdrängen wird, aber zum mindesten dieselbe kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung erhält wie sie. Nicht mit Unrecht ist darauf hingewiesen worden, daß die Einheitsstenographie eine neue Zukunft des Schreibwesens eröffnet. Ist sie erst einmal Allgemeingut geworden, so bedeutet sie nicht nur Papier- und Porto-, sondern auch Kraft- und Zeitersparnis, die mit zirka 60 Prozent nicht zu gering eingeschätzt werden. Wird die Vorbedingung dazu erfüllt, d. h. die Stenographie als Pflichtfach in den Schulen eingeführt, so bedeutet sie für die Zukunft, im gesamten brieftischen Verkehr mit Auserwählten, Geschäften und Behörden eine zahlenmäßig überhaupt nicht zu erreichende Ersparnis.

Hoffen wir also, daß die nächste Zukunft uns schon die Einheitskurzschrift bringen wird. Es wäre bedauerlich,

wenn dieses Kulturwerk an der Eigenbrüderlei der Systeme scheitern würde. Die dazu berufenen Sachleute müssen und werden auch, wenn der Wille dazu vorhanden ist, mit den in Frage kommenden Reichsbehörden einen Weg finden, der uns ein neues Gebiet im Kampfe zu immerwährender Höherentwicklung erschließt.
O. M.

Das Heimweh der Dachsborzen. Abgeordnete der seinerzeit nach Kanada ausgewanderten Seite der Dachsborzen sind in Wroslau eingetroffen, um von der Sowjetregierung für 2000 ihrer Mitglieder die Erlaubnis zu erhalten, nach Hause zurückzukehren. Diese Leute können es vor Heimweh nicht mehr aushalten und verlangen nur die Zusicherung, daß sie gemäß ihrem Glauben nicht zum Kriegsdienst herangezogen werden, um ihre wertvolle Arbeitskraft in den Dienst der alten Heimat zu stellen.
E. R.

Eine Expedition für Meeresforschung. Eine bedeutsame Forschungsreise, die nach den spanischen, portugiesischen, marokkanischen Gewässern sowie in die Gegend der Kanarien und Azoren führt, ist von der Universität Püttich zusammen mit dem geographischen Institut von Vercen ausgerichtet worden. Die „Berit, Heberei Jarso“ mitteilt, wird die Reise mit einem 25 m langen 50-Ton-Segelschiff unternommen, das zur Ehre des Entdeckers der Terra-Mikroben „Armour-Danien“ heißt. Es werden die Temperaturen der verschiedenen Meeresstufen bis zu 4500 m gemessen und Wasseranalysen vorgenommen. Die Beziehungen des Meeres zur Atmosphäre sollen untersucht werden, um eine meteorologische Karte der Ostsee auszuarbeiten. Man hofft, daß es mit Hilfe dieser alle Beobachtungen verwertenden Karte durch den radiotelegraphischen Dienst der Wetterstationen, möglich sein wird, das Wetter auf dem Meer 24 Stunden im voraus anzugeben. Auch die Fischereibedingungen an den portugiesischen und marokkanischen Küsten sollen untersucht werden.
E. R.

Ballerinen. Während es im späteren Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit in allen Städten Padeschub gab und man sich ziemlich großer Reichtümer beilegte, entwickelte sich später eine förmliche Ballerinen. Kennzeichnend sind aus dem 17. und 18. Jahrhundert erhaltene Wachsfiguren, die nicht viel größer sind, als ein großer Suppenteller. Wie sehr sich selbst die Fürsten vernachlässigten, beweiß folgende Tatsache. Herzog Johann Friedrich von Württemberg hat uns Aufzeichnungen hinterlassen, die von allen seinen besonders denkwürdigen Erlebnissen berichten. Mittun unter Staatsangelegenheiten findet sich die hier eine Episode bezeichnende Bemerkung: „Daß mir heut den Kopf wackeln lassen, hat mir recht wohl getan.“

Arbeitersport und Arbeiterwandern

Das Arbeitersportfest im Stadion

Recht lebhaft ging es am Vormittag des vergangenen Sonntags im Innenraume des Stadion zu. Männer, Frauen, Jugendliche und die Altersklasse übten, um jeder für sich Gültigkeit auf die Leistung für die Gesamtheit, in diesem Falle für die Mannschaftskämpfe zu wirken.

Gegen 2 Uhr nachmittags dröhnt von ferne Pantenschlag. Dazwischen Trommelwirbel und Höltenklang. Die Tambourhölzer des 1. Kreises marschierten zu Hunderten ins Stadion ein. Nun dröhnt der Innenraum wider von der Musik. Die „Internationale“ plant sich fort und schallt wieder aus dem großen Rundell. Einen sichtlich Eindruck hinterlassen die Turnerkapellen auf die Zuschauer. Schon unterwegs zum Stadion war der Berliner Weiten in Aufregung ob dieses seltenen Schauspiel. Was war los? — Bewundert blickten die Bewohner des Burgesviertels aus den Fenstern, und was mühten sie sehen? — Arbeiterturner und immer wieder Arbeiterturner die Lustig ihre Weisen erklingen liehen. Enttäuschung malte sich auf den Gesichtern. Die Arbeiter aber, die ihre Genossen so fröhlich dahermarschieren sahen, brachen in begeisterte Zurufe aus, Lauchschädel winkten, und rote Fahnen wurden geschwenkt.

Die technische Leistungsfähigkeit der Arbeiterportler zeigte sich am Sonntag trotz ungünstigen Wetters im besten Lichte. Verschiedene bisherige Höchstleistungen des A.-T. und Sp.-G. wurden verbessert. Im Lauf über 7500 Meter, der hier zum ersten Male ausgetragen wurde, siegte Wagner-Weitzig sicher in 25 Min., 3 Sek.; das Wettgehen über 3 Kilometer gewann mit gutem Stil Gercke vom VEG. in 15 Min., 2 Sek. Den 1500-Meter-Lauf gewann Wilmersdorf in 4 Min., 35,2 Sek.

Bei den Jugendlichen gewann Freie Turnerschaft Groß-Berlin-Schöneberg die Schwedenstaffette in 2 Min., 16,5 Sek., den 800-Meter-Lauf in 2 Min., 15,2 Sek., die 4mal-100-Meter-Staffette gewann Fichte-DH.

Bei den Turnerinnen war Fichte an der Spitze, dann folgten Wilmersdorf und Weichense.

Wie erwartet, bildeten die Pyramiden der Kinder den Höhepunkt des Tages. Seltener wurde ein harmonischeres Bild gesehen wie diese Jungen und Mädchen am Barren und Pferd. Schon der Aufmarsch war dadurch, daß er bis auf kleinste Klappe, etwas besonderes. Ein glücklicher Gedanke war es, die Jungen nur mit Hufe aufmarschieren zu lassen. Vielleicht unternimmt der Kinderturnauschluß des Turn- und Sports. Nicht eine entscheidende Vorkehrung und setzt sich über alle vordien Vorurteile hinweg, so daß wie beim nächsten Mal die Kinder in ihrer eigentlichen Gestalt ganz und nur als junge Menschen sehen. Hier kann Pionierarbeit geleistet werden, und unsere Kinder sind geeignet dazu, weil sie von ihren Vätern Sturm und Drang gewohnt haben. Erst dann werden wir Arbeiterportler etwas Eigenes bilden. Die Ausführung der einzelnen Gruppen war über jedes Lob erhaben. Als die Kleinen abrückten, schlug der Beifall in helle Begeisterung um. Hier beschreiben diese abschwächen. Man muß es eben gesehen haben!

Trotz andauernden Regens hielten die Zuschauer aus und folgten mit Interesse den interessanten Darbietungen. Die Schwimmer fanden wie immer ein dankbares Publikum.

Männer: 7500-Meter-Lauf: 1. Wagner-Weitzig, 25 Min., 3 Sek. — 110-Meter-Hürdenlauf: 1. Kuntzsch (VEG.), 19,3 Sek.; 2. Fied (Vieringberg) 19,4 Sek. — 1500-Meter-Lauf: Wilmersdorf 4 Min., 29,2 Sek. — 100-Meter-Lauf: VEG., 11,7 Sek.; Fichte-Ethel Kraußbreite amad. — Sperrrennen: Silbermann (Brandenburg) 40 Meter, Weber (Fichte-Ethel) 37,6 Meter. — 300-Meter-Lauf: 1. Gercke (VEG.) 15 Min., 2 Sek. — 800-Meter-Lauf: VEG., 4,49 Sek. — 400-Meter-Lauf: Wilmersdorf 55,8 Sek. — 4 mal 100-Meter-Lauf: VEG., 4,49 Sek. — 3 mal 1000-Meter-Lauf: 1. Fichte-DH 3 Min., 35,5 Sek.; 2. Fichte-Ethel 3 Min., 45,3 Sek. — Hochsprung: Sänker (Fichte-Ethel) und Pain (VEG.) 1,63 Meter. — Angellstufen: 1. Gammerting (Groß-Berlin-Schöneberg) 11,10 Meter; 2. Starke (Fichte-Ethel) 10,73 Meter. — Weitsprung: Teller (Wilmersdorf) 5,98 Meter. — Stabhochsprung: Toppel (Fichte-Ethel) und Zwickow (Fichte-Ethel) 3,10 Meter.

Mittleren: 100-Meter-Lauf: 1. Groß-Berlin-Schöneberg 13,3 Sek.; 2. Fichte 13,4 Sek. — 4 mal 100-Meter: Fichte 2 52,4 Sek. — Schleuderball: Gant (Fichte-DH) 43,50 Meter. — Angellstufen: Starke (Fichte 2) 8,53 Meter. — Hochsprungen: Weichmann (Kosowatz) 1,53 Meter. — 3 mal 100-Meter-Lauf: 1. Groß-Berlin-Schöneberg 3 Min., 15,2 Sek.; 2. Fichte (Ethel) 3 Min., 17,3 Sek. — 4 mal 100-Meter: 1. Fichte-DH 45,8 Sek.; 2. Groß-Berlin 49,4 Sek.

Angellstufen: 1. Dennig (Stettin) 11,53 Meter; 2. Schmidt (Groß-Berlin-Schöneberg) 11,33 Meter. — Hochsprung: Erich (Fichte-DH) und Adler (Bernau) 1,48 Meter. — Weitsprung: 1. Schulte (Groß-Berlin-Schöneberg) 5,97 Meter; 2. Dämmle (Fichte-DH) 5,36 Meter. — Diskus: Dennig (Stettin) 31,55 Meter; Schmidt (Groß-Berlin-Schöneberg) 29,80 Meter. — Hochsprung: Dämmle (Fichte-DH), Poole (Fichte 2) und Michaelis (VEG.) je 1,40 Meter.

Junioren: 100 Meter: 1. Fichte 2 13,1 Sek.; 2. Wilmersdorf 13,6 Sek. — 5 mal 100-Meter-Lauf: Fichte-Moabit 1 Min., 15,1 Sek. — Hochsprung: Fichte 6 und Weig (Fichte-Ethel) 1,30 Meter. — Weitsprung: 1. Fichte (Fichte 14) 4,49 Meter; 2. Grund (Wilmersdorf) 4,27 Meter. — Angellstufen: Gullke (Weichense) 6,89 Meter.

Der Briefelang

Zwei Waldgebiete hat der Märker und der Wanderer aus dem „großen Wasserkopf an der Spree“ so getauft. Bei Birkenwerder gab zu diesem Namen das liebliche Briefeläuschen, das einen wundervollen Kiefernhochwald durchzieht, den Anlaß. Geographisch kennt man aber nur den noch viel schöneren, mit herrlichen Eichen besetzten Hochwald bei Rauen als Briefelang. Warum hat sich der Ausflugsverkehr nach hier noch viel zu wenig hingezogen? Schreckt den Berliner das an eine holländische Landschaft erinnernde mächtige haveländische Luch, das im Frühjahr weitlich unter Wasser steht? Nur scheinbar ist die Eintönigkeit des Luchs. Für die richtigen Augen ist die Aussicht von den zahlreichen Dämmen aus, die das ganze weite Gelände zwischen Rauen und den Wäldern bis fast nach Frieled und Hebröllin hinauf zur Sicherung gegen Ueberschwemmungen durchqueren, ein Genuß. Vor tausend Jahren, als Rauen gegründet wurde, war hier alles Sumpf und See. Erst im letzten Jahrhundert hat eine zielbewusste Entwässerung und Aufforstung, die noch lange nicht abgeschlossen ist, eingesetzt. Um alles zu sehen, reicht nicht ein einziger Tag. Man muß sich entscheiden für die Wanderung nördlich oder südlich der Kleinbahn Rauen-Perwentz. Du willst natürlich zuerst den urwaldartigen Eichenforst im Briefelang bewundern, geht also von Rauen nach kurzem Schaafweg durch die Rauenener Stadtseite, unmittelbar anschließend durch die Pflanzheide und erreicht in einer Stunde das Forsthaus Briefelang, wo der Eichenwald gleichen Namens beginnt. Noch bequemere und etwas billigere ist die Fahrt direkt in den Briefelang hinein bis nach Finfenkrug (ab Lehrter Bahnhof 40 Minuten). Von hier aus führen kurze, wunderbar schöne Touren, die zum Teil an den Spreewald erinnern, nach der Villenkolonie Falkenhain, der fast nur mit Buchen besetzten Woodbruchheide, weiter nach der Försterei Bredow und nach der Bauernheide mit Forsthaus Damsdrül. Sehr schön, aber wegen der vielen sumpfigen Stellen nur Westwindigen anzureiten, ist die Partie durch die „große saule Laake“. Die nördliche, wesentlich längere Tour kann auch unter Benutzung der Stettiner Bahn angetreten werden. Man fährt bis Behlesau, erreicht von dort in einer halben Stunde die Kolonie Volksluste hart am Rande des „Krämer“, eines sich stundenlang ausbreitenden brillanten Laubwaldgebietes mit dem Glener Berg, Forsthaus Krämerpfuhl und der Wanddorfer Oberheide. Rückfahrt wieder von Behlesau oder von Perwentz mit Umsteigen in Rauen. Der gute Fräse hat und von Perwentz aus sich dicht neben der Bahn bis zur Rauenener Stadtseite hält, kann am selben Tage ohne übermäßige Anstrengung auch noch den Briefelang aufsuchen. Wegen der in Eichenwäldungen immer bestehenden Kreuzottergefahr ist für festes, hohes Schuhwerk zu sorgen.

Reservierte Plätze für Kriegsbeschädigte in der Straßenbahn

Dem Vorgehen der Staatsbahnverwaltung und zahlreicher privater Straßen- und Kleinbahnunternehmen will sich nunmehr auch die Berliner Straßenbahn anschließen. Die vielfachen Klagen der Kriegsbeschädigten, vor allem Dingen der beimampulierten und sonstigen gehbehinderten Kriegsverletzten, über die zunehmende Gleichgültigkeit der

Berliner Straßenbahnbenutzer haben die Direktion der Berliner Straßenbahn veranlaßt, zum Schutze und im Interesse der Kriegsdopfer Maßnahmen zu treffen, um ihnen Sitzplätze zu sichern. Wie in den Eisenbahnzügen die Plätze ganzer Abteile den Kriegsbeschädigten vorbehalten werden, so sollen in jedem Straßenbahnwagen zwei Plätze fest bestimmt werden, die zur Benutzung nur durch die Kriegsbeschädigten bestimmt sind. Diese Plätze, die im Vorderteil jedes Wagens liegen sollen, werden hierbei nicht dem allgemeinen Verkehr entzogen. Sie können vielmehr von anderen Straßenbahnbenutzern besetzt werden, jedoch nur so lange, als kein Kriegsbeschädigter auf die Plätze Anspruch erhebt. In diesem Falle ist der Schaffner verpflichtet, den betreffenden Platz räumen zu lassen. — Es ist bedauerlich, daß die vielfachen Anträge und Ermahnungen, die von den Kriegsbeschädigten-Veränden bzw. der Zeitung Berliner Verkehrsunternehmungen an die Direktion gerichtet wurden, so wenig Erfolge hatten, daß nunmehr zu diesem radikalen Mittel gezwungen werden muß, um die selbstverständlichen Forderungen der Schwerbeschädigten, beimampulierten usw. zu erfüllen. Hoffentlich lernt der Berliner aus diesen neuen Bestimmungen im allgemeinen mehr Rücksicht auf seine Mitmenschen zu nehmen.

Parteienossen, die in der Lage sind, für Kongreßdelegierte gegen Entschädigung in Höhe mittleren Hotelzimmers Quartier für die Zeit vom 2.—9. September einschließlich zur Verfügung stellen zu können, werden um Angabe ihrer Adresse an den Deutschen Transportarbeiter-Verband, S.D. 16, Engelauer 24/25, gebeten.

Die Jugendweibe für Teael, Borkowalde, Teaelort und Heiligenlee findet am Sonntag, den 24. September, in der Aula der Humboldt-Oberrealschule statt. Vorbereitungsunterricht jeden Freitag von 3—5 Uhr im Arbeiter-Jugendheim, Bahnhofsstraße. Anmeldungen werden dort nur noch kurze Zeit angenommen.

Sichtensera. Filmvorführungen in der Treptower Sternwarte am Freitag, dem 26. 8., abends 6 Uhr (5,50 M.) und abends 8 Uhr (7 M.). Karten beim Genossen E. Richter, Eitelstraße 72.

Tot aufgefunden. Die 68 Jahre alte Näherin Emilie Kasperitz wurde in ihrer Wohnung, Pflanzfeld-Weiß, tot aufgefunden. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein Ende gemacht. — Auf dem Bäracker der Stromstraße fand man nach 35 Jahre alten Arbeiter Friedrich Klein im hilflosen Zustande auf und brachte ihn nach der Rettungsstelle, wo er bald nach seiner Aufnahme verstarb.

Ein Fall von schwarzen Voden. Voraekern nachmittags erkrankte die 19jährige Elisabeth Boren in der elterlichen Wohnung im Hause Köpenicker Straße 35 unter verdächtigen Erscheinungen. Nachdem ein herbeigerufener Arzt Voden-erkrankung festgestellt hatte, wurde das junge Mädchen sofort nach dem Krankenhaus geschafft. Sämtliche Anwesenheiten wurden durch den zuständigen Kreisarzt geleistet. Auch eine Desinfektion der Wohnung ist bereits vorzunehmen worden.

Die Rindeleiche im Rinnein. Vor dem Hause Niederstraße 39 in Neukölln fand man im Rinnein die Leiche eines neugeborenen Knaben und überaah sie dem Schauhause. Das tote Kind war in braunes Packpapier gewickelt.

Wer ist der Tote? Voraekern abend wurde auf der Rettungsstelle 13 ein etwa 60 Jahre alter Mann im besinnungslosen Zustande eingeliefert. Da er sich nicht wieder erholte, schaffte man ihn nach dem Urban-Krankenhaus, wo aber bald der Tod eintrat. Der Unbekannte hat einen Vodenbart und spärliches Haar, er war mit abgetragenen Sachen bekleidet und ist 1,68 Meter hoch. Seine Leiche wurde dem Schauhause überwiesen.

Aus der Chronik der Lebensmüden. An der Jannowitz-Brücke 304 man gestern morgen die Leiche des Schneiders Friedrich L. aus Lichtensera aus der Spree. Nach einem vorgelieferten Briefe hatte der Mann sich das Leben wegen Familienkrettsigkeiten genommen. — Aus dem arden Wannsee landete man gestern abend am Havelde die Leiche des 20 Jahre alten Dienstmädchens Eile Th., das bei einer Herzkreislauferkrankung verstarb. Nach hinterlassenen Briefen hat Lebensüberdruß das junge Mädchen in den Tod getrieben.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzjamer.

(28. Fortsetzung.)

„Ich bin aber nit hochmütig.“
„Du hast aber auch noch nichts den andern Leuten voraus. Wer was anders voraus hat, das ist nur deine Mutter, die ihr Gut und Blut an dich hängt, damit du was lernen und was werden sollst.“

Der Philipp sah sie mit großen Augen an. Sie beugte sich auf ihrem Stuhl ein wenig vor und stützte die beiden Arme auf den gerade und steif hingestreckten Holzfuß.

„Ja, deine Mutter, Bub, siehst du, die darf stolz sein. Was die tut, tut keine andere. Und was die will, will keine andere. Darum sollst du auch stolz sein auf sie. Das ist kein Hochmut, das ist richtiger Stolz. Und wenn du so viel einmal geleistet hast, wie sie jetzt für dich tut, dann darfst du auch stolz auf dich selbst sein. Stolz muß jeder Mensch haben. Aber Hochmut kommt vorm Fall.“

Und sie nahm seine Hand und sagte ihm, wie seine Mutter arbeite für ihn und wie sie's gut meine mit ihm, und wie er nicht von oben herab auf sie sehen dürft, wenn er nun auch schon mehr gelernt habe, wie sie, und nicht verschaffte Hand habe, wie sie, und bessere Kleider trüge, und all das. Wie er lieb zu ihr sein mühte und sie achten mühte und gern bei ihr sein mühte.

Nicht zu viel Worte. Dann brach sie ab. Sie nahm seine Hand.

„Gelt,“ sagte sie, „es hat dich doch geniert, mit dem großen Milchtopf über die Straße?“

Er lächelte verlegen, und dann nickte er.

„Sagt dich für zu sein dafür gehalten?“

Er antwortete nicht.

Aber man ist zu keiner Arbeit zu sein, wenn sie ehrlich ist. Und was wir auch tun, der eine dies, der andere das — es ist all notwendig. Denk nur, 's tät mal jemand ganz aufhören, seine Arbeit wär ihm zu

gering. Denk alle Ziegele. Dann tät's uns bald an den Dächern hereinregnen. Und wir könnten sehen, was die Ziegelearbeit wert ist.“

Er lächelte.

„Mit überheben, Bub. Mit über die Menschen, nit über ihren Stand. Und was man tut, ganz offen und grad und ehrlich tun. Dann kann ei'm niemand verachten. Was dir die Goff einmal ist, die kleinen Häuschen hier und die geringen Leut, später, das kannst noch gar nit wissen. Wer weiß, was die dir all mal gelten — und wer weiß, ob du was Schöneres noch findest, als du jetzt hast. Vergiß nit, daß du dazu gehörst. Dann stoßen sie dich nit ab, wenn du sie nötig hast. Und man weiß nie, ob man nit auch den Geringsten einmal nötig hat.“

Damit entließ sie ihn. Seine Gedanken gingen einen seltsamen Weg — Kraft — Lisbeth — Lisbeth — Lukas — Lukas — Schlüssel — Eulenmühle — Kraft — und dann war er auf einmal bei der Mutter. Und dann war er auch zu Hause. Er legte seine Bücher ab und setzte sich an den Tisch, seinen Kaffee zu trinken. Die Mutter wollte hinausgehen. Er rief sie zu sich und bat sie, sich an den Tisch zu setzen. Und er erzählte ihr. Von der Schule. Zwischen das Rauen und Trinken hinein. Und dann zeigte er ihr mit dem Finger, wie man ein Hänsel in den Kreis legt. Er schlug noch einen größeren Kreis um den erst 'gezogenen. Dann zog er im Hänsel die Diagonalen. Die Mutter guckte ihm verwundert zu. Dann nahm er seine Farbstifte und legte den Stern mit Farben an. Die sieben Regenbogenfarben. Und als er fertig war, reichte er's der Mutter hin.

„Da, Mutter, das ist für dich!“

„Was soll ich damit?“

„Dann hängen wir's auf!“

Und er heftete die Zeichnung an die Wand.

Dabei gingen seine Gedanken beständig ihren Weg hin und her — und kehrten immer wieder zur Mutter zurück. Dann sah er sie an. Aber er kam nicht dazu, sich über seine Empfindung eine Rechenschaft zu geben.

Die Mutter war verlegen, sie lächelte halb wehmütig, halb freudig. Und auf einmal tropfte eine Träne aus ihren Augen. Sie schämte sich der Rührung und schneuzte sich.

Auf einmal sagte der Philipp: „Mutter, ich mach jetzt meine Aufgaben und bleib dann daheim. In der Eulenmühle können sie mal ohne mich spielen.“

„Wenn du hingehen willst —“

„Nein, ich bleib heute bei dir.“

„Was hast du bei mir?“

„Na, halt —“

Es blieb dann still, bis auf einmal die Mutter

sagte:

„Ja, tu's, bleib mal daheim heut.“

Und so geschah's. Der Philipp besuchte zwar in Zukunft seine Freunde wie früher — aber es war etwas anders geworden. Die Mutter war eingeschaltet in diese Besuche. Das spürte sie, obgleich es nie zwischen ihnen gesagt worden. Und auch der Philipp spürte es, ohne darüber klar zu sein. Aber es war schöner so.

Die Klar sah wieder nach dem hellen Stuhl der Eulenmühle hin wie früher, nicht bitter und nicht traurig. Sie dachte, sie habe nun die Freude, von der ihr die Lisbeth gesagt hatte: — und es sei doch zu schön, sie zu haben.

12.

Der Kraft ging mit den Sähnern schlafen und stand wieder mit ihnen auf. Das hatte er immer so gehalten. Die Unterhosen an und die Peise in den Mund, die Toilette fertig und hinaus an die Pumpe, ein Schoppenglas voll frisches Brunnenwasser und dann die Morgenpromenade in den Garten. Von Beet zu Beet — und ein Auge für jedes kleinste Regen. Jed neu aufgeschossen Krautchen, das in seinen Pflanzungen Licht zu tun hatte, konnte er dann. Jed Knospchen, das getrieben war und sich entfalten wollte, mühte er dann. Die Rosen, die Kesseln, selbst die Würmer unter der Erde, die konnten alle hier nicht das Geringste tun, ohne daß er es merkte.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Internationale Tagung des Post- und Telegraphen-Personals

Neben dem Kongress der IPTF fand in Berlin vom 17. bis 22. August der dritte internationale Telegraphisten-Kongress statt.

Für die Teilnehmer der beiden Veranstaltungen war am 18. eine Begrüßungsfeier im Saalbau Friedrichshain veranstaltet, an der der Sängerbund der Postbeamten Berlin, der Gesangverein Berliner Post- und Telegraphenbeamten mit vorzüglichen Leistungen mitwirkten. Eine Kunstausstellung der deutschen Post- und Telegraphenbeamten fand im früheren Herrenhaus statt, in der auch einige beachtliche Erfindungen von Telegraphenbeamten zu sehen waren. Diese Ausstellung zeigt weiten Kreisen, wieviel schöpferische Kräfte in der breiten Masse der unteren und mittleren Beamten vorhanden sind, die nun endlich auch zu einer besseren Verwaltung, Gestaltung und Bestellung des Betriebes mitwirkend und bestimmend herangezogen werden müssen.

Der Kongress beschäftigte sich am Sonntag in ausführlicher Aussprache mit der Aufnahme der Gewerkschaft der russischen Post-, Telegraphen- und Radio-Beamten. Gegen die Aufnahme sprachen Bowen (England) und Gailon (Frankreich) und in temperamentvollen leidenschaftlichen Ausführungen Crautüre (Belgien). Für die Aufnahme sprach Britor (Argentinien) und Werner (Österreich). Die Aufnahme der Russen wurde mit 305 600 Stimmen gegen 228 800 Stimmen abgelehnt.

Bowen (England) gab dann einen Bericht über die Fortschritte auf dem Gebiete der Betriebskontrolle. Die Organisationen sollten sich bemühen, an dem Ausbau der Betriebe selbst mitzuarbeiten, indem sie in ihren eigenen Organisationen den bestmöglichen Standard aufstellen, im Hinblick auf technische Auslösung, Kenntnis der Verwaltungskunst, Verantwortungsfreudigkeit, tägliche Untersuchungen, die darauf auslaufen, die Entwicklung der Betriebe zu ermöglichen, und schließlich Schulung der Mitglieder.

Die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaften wird mit der Zeit die Frage zur Entscheidung bringen, ob die Tendenz in ihrer Arbeit gesund ist und inwiefern sie noch verbessert werden kann. Inzwischen lauten die Forderungen:

1. Die Postangestellten sollen das Recht haben, an der direkten Kontrolle ihrer eigenen Arbeitsbedingungen einschließlich Beförderung und Disziplinarmaßnahmen, an der Organisation der Entwicklung der Betriebe Anteil zu haben.
2. Anteil zu haben an der Beaufsichtigung der Betriebe.
3. Die Funktionen sollen durch die zuständigen Gewerkschaften ausgeübt werden, die Gewerkschaften frei sein, ihren eigenen Vertreter zu ernennen; sie sollen in allen Verwaltungsausschüssen vertreten sein.
4. Nichtorganisierte Angestellte sollen a) keinen Anteil an der Personalvertretung, b) keinen Anteil an den Vorteilen haben, die aus der gewerkschaftlichen Arbeit fließen.

Bowen schloß: „Unser Idealismus muß praktische Formen annehmen und unverzüglich die Notwendigkeiten der Stunde im Auge behalten.“

Crautüre (Belgien) erstattete einen Bericht über die Arbeitszeit in den Post- und Telegraphenbetrieben.

Verschiedene Entschlüsse wurden angenommen: 1. Für Gewerkschaftsfreiheit, 2. Gegen die Entlohnung der Betriebe, 3. Sammlung für die Hungernden in Russland, 4. Für Vertretung in den internationalen Kongressen des Welt-Post- und des Welt-Telegraphenvereins in Berlin, 5. Kampf gegen die Reaktion, 6. Friedenspropaganda.

Unter anderem wurde auch folgende Entschlüsse unseres Genossen Hoffmann-Schwarzendorf angenommen:

Der 2. Kongress der IPTF hebt die Wichtigkeit eines unterirdischen Kabelnetzes aus sozialen, wirtschaftlichen und betriebstechnischen Gründen ausdrücklich hervor.

Durch die Verkabelung wird die Lebensgefahr des Personals der Telegraphen- und Telefonbetriebe vermindert und die Sicherheit des Nachrichtenwesens im volkswirtschaftlichen Bedürfnis wesentlich erhöht. Um den Wideraufbau und Ausbau der Weltwirtschaft zu beschleunigen, fordert der Kongress alle Teilnehmer auf, durch ihre Organisationen in ihrem Interesse aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen die Verkabelung der Telegraphen- und Telefonverbindungen nachdrücklich zu fördern.

Lenz (Deutschland) wies in seinem Schlusswort auf die große Not Österreichs hin und schloß mit dem Ruf „Krieg dem Krieg!“

Verhandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Am Mittwoch wurde in der Generaldiskussion über den Geschäftsbericht fortgefahren.

Gemäß dem am Dienstag in namentlicher Abstimmung gefaßten Beschlusse ist die Redezeit auf 25 Minuten beschränkt, jedoch erhält der Berliner Bevollmächtigte Laodainski zur Begründung des Berliner Standpunktes zum Februarstreik unbeschränkte Redezeit. Laodainski betonte, daß nicht die Berliner Arbeiter

oder Verbandsangestellte monatelang auf diesen Streit hingearbeitet hätten, sondern der Berliner Magistrat habe ihn durch sein Verhalten verschuldet. Die Verschleppungstaktik des Magistrats, besonders aber dessen Vorkämpfungen, immer größere Gruppen der Gemeindearbeiter arbeitslos zu machen, und schließlich die immer größer werdende Not der Berliner Arbeiter waren die Hauptursache des Streiks. Alles in allem sei der Streik zwar reaktionär zuhause gekommen, aber die Gewerkschaften beäugeln ein Unrecht, wenn sie den Streik als „wildes“ bezeichnen wollten. Um nicht den Streik ins Wilde ausarten zu lassen, hat sich die Berliner Ortsverwaltung seiner mit voller Kraft angenommen, was um so notwendiger war, als durch das Eingreifen des Berliner Polizeipräsidenten und des Reichsarbeitsministeriums die Streiksituation verschärft wurde. Laodainski sprach sich dann sehr scharf gegen die Technische Nothilfe aus und stellte fest, daß der kurzfristige Termin zur Wiederaufnahme der Arbeit infolge des gleichzeitigen Eisenbahner- und Verkehrsstreiks unmöglich eingehalten werden konnte. Den Aufruf der Spitzenorganisationen zu unterschreiben, der die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangte, war der Berliner Ortsverwaltung unmöglich. Die Berliner Ortsverwaltung könne ihr Verhalten zu dieser Bewegung jederzeit verantworten (Beifall).

Der nächste Redner, Lenz, Berlin, beschäftigte sich ebenfalls mit dem Berliner Streik und polemisierte gegen die Haltung des Vorstandes, die Vertreter der Spitzenorganisationen und gegen den „Vorwärts“ und die „Freiheit“. Er forderte den Verhandstag auf, den Beschluß des Vorstandes umzuwickeln, der die Finanzierung des Streiks aus Mitteln der Hauptkasse abgelehnt hatte. Einmal der nachfolgenden Redner traten warm für diese Forderung ein, während sich andere dagegen wandten.

Die folgenden Redner beschäftigten sich mit allgemeinen Kernfragen wie Tarifwesen, Schiedsverfahren, Rätewesen, Betriebsrätezeitung, Berufsausbildung, allgemeine Bildungswesen, Vorstandstätigkeit, Nacharbeit, Beamtenbewegung u. a. Schließlich wurde eine Kommission gewählt, die die vielen vorliegenden Anträge bearbeiten soll.

Sabath, Berlin (Vertreter des ADGB) erklärte am Berliner Streik, daß es ein Grundfehler gewesen sei, daß über den vor Ausbruch des Streiks gefällten Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums keine Urabstimmung vorzunehmen wurde. Der Streik sei seinem Charakter nach ein wilder, in seinen Wirkungen ein unabwehrbar schädlicher für die Gemeindearbeiter und die allgemeine Arbeiterbewegung gewesen. Es gab keine andere Lösung, als auf seinen möglichst schnellen Abbruch hinzuwirken. Beifall und Widerspruch.)

Darauf wurde die Debatte auf Donnerstag vertagt.

Neue Löhne im Holzgewerbe

Ein sehr hart besetzte Funktionärerversammlung des Holzarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin, nahm am Mittwoch in Alkems Festhalten zu den mit den Unternehmern geführten Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne für die Zeit vom 1. bis 31. August Stellung.

Bevollmächtigter Voelke berichtete über die geführten Verhandlungen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Die im 6. Lohnabkommen für das Groß-Berliner Holzgewerbe festgesetzten Löhne erhöhen sich in allen Kategorien und Altersstufen ab 1. August bis Ende August d. J. um 50 Prozent. Um den gleichen Prozentsatz erhöhen sich die Monatszulagen. Damit beträgt der Stundenlohn für Facharbeiter über 22 Jahre 57,10 M., für Hilfsarbeiter über 22 Jahre 49,90 M., für Facharbeiterinnen über 22 Jahre 40,10 M., für Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre 34,25 M.

Bezüglich der Verhinderungsfrage lehnten die Unternehmer jede Realisation durch die Organisation ab, versprachen jedoch, eine Erhöhung der bisherigen Vergütung vorzunehmen. Voelke bezeichnete die Angebotsliste als zu niedrig und empfahl die Verhandlungen weiter zu führen, der Kommission jedoch Vollmacht zum Abschluß des Lohnabkommens zu erteilen.

An der Diskussion wurden die Angebotsliste der Unternehmer durcheinander abgelehnt, da die vereinbarten Lohnsätze keineswegs den heutigen Feuerungsverhältnissen entsprechen. Nach einem Schlusswort Voelkes wurde eine Resolution angenommen, in der die Verwaltung beauftragt wird, zwecks einer weiteren Erhöhung der Löhne in Verhandlungen zu treten. Der Kommission wird Vollmacht zum Abschluß des Lohnabkommens gegeben.

Die neuen Lohnsätze des 6. Lohnabkommens müssen bis zum Abschluß der neuen Verhandlungen selbstverständlich gezahlt werden. Nähere Auskunft wird in dem Büro des Holzarbeiterverbandes, Zimmer 5, erteilt.

Lohnbewegung der Angestellten im Baugewerbe

Die technischen Angestellten des Baugewerbes haben durch ihre Organisation, den Bund der technischen Angestellten und Beamten, den Arbeitgebern des Baugewerbes Forderungen für den Monat August überreicht, welche im Durchschnitt eine 65prozentige Erhöhung der Zulagehälften vorsehen. Stellt man die in Berlin für Juli gezahlten Gehälter in Vergleich zu den Gehältern wie sie in anderen größeren Städten Deutschlands gezahlt werden, wird man die Berechtigung der Forderung anerkennen müssen. Bleibt doch, um nur ein Beispiel zu nennen, das Höchstgehalt für den Monat Juli in Berlin um nicht weniger als 1620,- M. hinter dem Höchstgehalt desselben Monats in München zurück.

Die Verhandlungen für das Tiefbaugewerbe fanden am Donnerstag, den 21. August statt, für das Hochbaugewerbe wird das Tarifamt am Sonnabend unter Vorsitz des Herrn Magistratsrats Dr. Schallhorn in

Tätigkeit treten. Die Verhandlungen mit dem Bund deutscher Architekten für das Architekturgewerbe finden am Sonnabend nachmittag 2 Uhr statt.

Um zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung zu nehmen, ladet der Bund seine Mitglieder der drei Fachgruppen zu einer gemeinsamen Versammlung am Montag, den 28. August, abends 7.30 Uhr nach dem großen Saal des Nordischen Hofes, Invalidenstr. 128 ein. In dieser Versammlung wird Herr Dr. Ing. Martin Wagner, Leiter des Verbandes sozialer Baubetriebe dem baugewerblichen Kopfarbeiter ein Referat über unsere Stellung zur Sozialisierung des Baugewerbes erstatten.

Neue Löhne für Kupferschmiede. Für die Zeit vom 16. August bis 31. August werden von den Kupferschmiedereien pro Stunde 40 M. gezahlt, ferner eine Wirtschaftshilfe von 450 M. für Kupferschmiede und 400 M. für Hilfsarbeiter. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Werkmeister-Verband. Sämtliche Betriebs- und Vertrauensleute sowie Funktionäre der Fachgruppe Metallindustrie haben Freitag, den 25. August, abends 6 1/2 Uhr, im Klubhaus, Dönhofsplatz, Versammlung. Tagesordnung: Lage in der Metallindustrie und Tarif.

Zimmerer! Für die Zimmererlehrlinge findet am Sonntag, dem 27. August, eine gemeinsame Versammlung des Botanischen Gartens, Dahlem, statt. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr am Haupteingang. Wir erwarten recht rege Beteiligung.

Glaser. Von Donnerstag, den 24. August, ab wird auf die bestehenden Löhne ein Zuschlag von 5 M. pro Stunde gezahlt. Montag, den 28., abends 7 Uhr, Vertrauensmännerführung bei Lehmann. Freitag, den 1. September, 7 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Nähtung Banarbeiter! Seit Dienstag, dem 22. August 1922, befinden sich die Parkettbodenleger im Streik. Alle Arbeiten, welche auf den Bauten legt von Bodenlegern ausgeführt werden, sind Streikarbeiten. Die Ortsverwaltung.

Kommunistische Niederlage in Sachsen. Am Sonntag, dem 13. August, erfolgte im Bezirk Sachsen die Delegiertenwahl zum Verbandstag in München des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Von den zu wählenden 24 Delegierten wurden 21 Delegierte für die Richtung Amsterdam und nur drei Anhänger der Moskauer Richtung gewählt.

Parteiveranstaltungen

15. Verwaltungsbezirk (Treptow). Kommunale Kommission. Die Abteilungsleiter werden ersucht, die Sachfragen und Beschlüsse einzusehen und eine Auffassung zu machen. Sitzung Freitag, 24. August, 7 Uhr. Die öffentliche Versammlung in Schöneberg findet wegen der Funktionärskonferenz heute nicht statt. Der neue Parteiveranstaltungstermin wird bekanntgegeben.

Freitag, den 25. August. 5. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk. Die Abteilungsleiter nehmen an der großen Funktionärerversammlung am Sonntag, den 27. August, teil.

4. und 6. Bezirk. Wichtige Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderhauptkommission bei Bauer, Gogolstraße, 34. Erscheinen unbedingt erforderlich.

5. und 6. Bezirk. Sämtliche Elternbeiräte und Funktionäre der freien Schulgemeinde erscheinen pünktlich um 7 Uhr abends bei „Josef“ S. S. Wilhelmshagenstraße 48.

13. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission sowie aller in der Kommune ehrenamtlich Tätigen, einschließlich der Frauenarbeits- und Kinderhauptkommission, bei Hühne, Stolze, 37. Eisenbergstraße und Rand. Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission im Rathaus, Wollenerstraße, 9, Zimmer 26. Vortrag der Stadträtin Dr. Best über Jugendfürsorge.

Charlottenburg. Sitzung aller 123 Elternbeiräte, Lokal von Jakob (Engelhardtstraße), Eismann, (Edelsteinstraße) 7 1/2 Uhr. Die Neuwahl der 26. Gemeindefrauen- und -Jugendvereine.

Sonntag, den 27. August. 5. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk. Alle Genossen und Genossinnen beteiligen sich am Parteitag im Ringgarten, Friedrichstraße, a. d. Kirche, nachmittags 3 Uhr.

Montag, den 28. August. 15. Verwaltungsbezirk (Treptow). Kommunale Kommission. 1/2 Uhr abends in der Gemeindefrauen-Niederlassung, Zimmer 11, Sitzung aller Genossen, die als Sachverständige oder Beschworene tätig waren, oder im nächsten Jahre tätig sein wollen. Abteilungsleiter bitte zu erscheinen.

Vereinskalender

Freitag, den 25. August. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Glas- und Leinwandindustrie, nachmittags 4 Uhr Versammlung im „Englischen Hof“ (großer Saal), Wollenerstraße 27b. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission.

Kadetten. Abends 7 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24/25, Sektionsversammlung für alle Branchen. Tagesordnung: 1. Vortrag über das Reichsamtengesetz, 2. Verhandlungsangelegenheiten, 3. Bericht der Sektionsleitung.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin. Abends 7 1/2 Uhr im Bürgerhaus des Berliner Rathauses. Behandlung der Anträge zur Generalversammlung der D. F. G., vor allem Antrag bezüglich Kriegsverweigerung. Vorstandswahl für zwei ausstehende Mitglieder.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. In der allgemeinen Mitgliederversammlung am Freitag, den 25. August 1922, abends 7 Uhr, im großen Saal der Brauerei Friedrichshagen, Am Friedrichshain, spricht u. a. auch der Kollege L. B. E. Mann, preussischer Finanzminister a. D., über das Thema: „Die Stellung des Technikers zu den sozialen Bau-“

Montag, den 28. August. Deutscher Holzarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr Versammlung der Damenklub- und Umkleebetriebe im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25, Saal 4, betriebl.

Arbeiter Sport

Kaderverein „Gastrola“ hat seine Mitgliederliste wieder geöffnet. Aufnahme neuer Mitglieder in den Sitzungen Freitag, abends 8 Uhr, in Charlottenburg, Wollenerstraße, 4, bei Eismann.

E. B. Vorwärts, Gruppe Eisenberg. Das am 30. Juli angefaßene Gruppenfest findet am Sonntag, den 27. August im Rummelbühnenpark statt. Beginn 3 Uhr.

Jugendbewegung

E. U. J., Gruppe Süd-Ost. 1/2 Uhr Funktionärerversammlung, Schul-Brannstraße 128.

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!

Einigung des Proletariats

Von Kurt Rosenfeld.

Die Notwendigkeit der Wiederherstellung einer geschlossenen Arbeiterbewegung liegt klar zutage. Wer noch glauben konnte, das Proletariat könne sich den Luxus der Zersplitterung leisten, muß durch das Erstarren der Reaktion belehrt worden sein, daß der Tag um den die Wiedervereinigung aller Richtungen der Klassenbewußten Arbeiterschaft hinausgeschoben wird, nur ein Gewinn für die Konterrevolution ist. Deshalb gab und gibt es in der USPD, niemanden, der sich einer wirklichen Einigung des Proletariats widersetzen könnte.

Es war aber nicht nur das Ziel — die Wiedervereinigung des Proletariats — über das wir schon seit langem völlig einig sind. Auch über den Weg, der zu diesem Ziel führt, herrichte noch bis vor kurzem völlige Einmütigkeit. Wir haben in Leipzig erklärt: „Die Zusammenfassung und Einigung wird erwachsen aus dem Ringen des Proletariats um seine Lebensinteressen... Aus diesen gemeinsamen Kämpfen wird sich der Weg ergeben, der schließlich zur Vereinigung führt auf dem Boden des Kampfes für die Verwirklichung des Sozialismus.“

Also: gemeinsame Forderungen, gemeinsame Vertretung dieser Forderungen, gemeinsame Kundgebungen, gemeinsame Aktionen und schließlich gemeinsame Organisation.

Demgemäß wurde in der ganzen Partei nirgends Einspruch erhoben, als wir uns nach der Ermordung Rathenaus mit SPD. und KPD. an einen Verhandlungstisch setzten, als wir gemeinsam Forderungen aufstellten und sie gemeinsam vertraten — auf der Straße und im Parlament. Die Einheitsfront des Proletariats wurde vereinbart und durchgeführt, ohne daß sich irgendwo in der Partei Widerspruch dagegen zeigte.

Einig und geschlossen wurde der Kampf zum Schutze der Republik von allen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterschaft geführt. Freilich die Kommunisten brachen schnell aus Reiz und Groll. Ueber ihr die Arbeiterbewegung schädigendes Verhalten auch in dieser Aktion gibt es bei uns keine Meinungsverschiedenheit. Die Einheitsfront der übrigen Organisationen blieb erhalten.

1. Koalitionsregierung.

Im Verlauf des Kampfes für die Republik traten in unseren Reihen zum ersten Mal divergierende Meinungen auf, als die SPD. und die Frage vorlag, ob wir bereit seien, in die Regierung Wirth einzutreten, d. h. ob wir uns an einer bürgerlich-sozialistischen Regierung beteiligen wollten.

Wollten wir uns an die Beschlüsse des letzten Leipziger Parteitages, so war die Frage glatt zu verneinen. Denn wir hatten bekanntlich erklärt, daß die USPD. ihre klare Klassenkampfpolitik fortzusetzen habe, „frei von jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien“. Ueber diese klare Erklärung konnte sich die Reichstagsfraktion nicht ohne weiteres hinwegsetzen. Die Reichskonferenz wurde um ihr Entschließen gebeten und dies ging dahin, daß unsere Partei in die Regierung Wirth eintreten könne. Damit war der erste Schritt auf neuer und verhängnisvoller Bahn getan.

Bis zu diesem Augenblick hatten wir der SPD. gerade aus ihrer Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien einen Vorwurf gemacht. Plötzlich taten wir dasselbe, was wir bisher der SPD. zur Last gelegt hatten. Wir trieben plötzlich die bis dahin in unsern Reihen so bekämpfte Koalitionspolitik.

Und warum sollte plötzlich das richtig sein, was bis dahin falsch war? Die Freunde der Koalitionspolitik in unseren Reihen meinten, durch unseren Eintritt in die Regierung Wirth den Kurs des Reichstags mehr nach links treiben zu können. Welche Illusion!

In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt: eine Partei, die außerhalb der Regierung steht, deren Unterstützung die Regierung aber braucht, um die Freiheit des Parlaments zu erlangen, ist in der Regel viel einflussreicher als eine Partei, die durch die Koalition an die Regierung angeheftet ist. Wie oft haben wir dies gefühlt, wenn die Reichsregierung uns brauchte, um nicht zu Fall gebracht zu werden! Wie verstand die Reichsregierung dann, uns zu finden, und wie verstanden wir dann, unseren Einfluß auszunutzen.

Aber, wir haben keinen Einfluß auf die Verwaltung, sagte man uns, wenn wir nicht an der Spitze einiger Ministerien stehen! Dabei kam, daß für die Verwaltung durch unsere Partei überhaupt nur das Wiederaufbauministerium und vielleicht noch das Außenministerium in Frage. Wer die Verhältnisse kennt, weiß aber, daß ein Minister, der mit bürgerlichen zusammen in einer Regierung sitzt, gerade in diesen beiden Verwaltungen am allerwenigsten durchgreifende Reformen durchführen kann und ganz und gar nicht in der Lage ist, die Reichspolitik entscheidend zu beeinflussen.

Es wurde uns zugemutet, in eine Regierung einzutreten, in der nicht weniger als drei von uns ganz besonders bekämpfte Minister, nämlich Geheer, Dermes und Dröner, wichtige Posten innehaben. Und man wollte uns ablesen machen, daß zwei Mitglieder unserer Partei im Bunde mit solchen Rollen sollen eine sozialistisch orientierte Regierungspolitik treiben und wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik treffen können.

Nur zu viele Genossen vergaßen plötzlich, daß unsere Partei als Kampfpartei sich selbst und ihre Grundprinzipien aufgab, wenn sie den Versuch unternahm, im Bündnis mit bürgerlichen Parteien „sozialistische“ Politik zu treiben.

Mit einem Schlage war der größte Teil der führenden Genossen von der Stimmung erfaßt, die in weiten Teilen der Arbeiterschaft Platz gegriffen hatte: wenn die USPD. in die Regierung eintritt, wird schon alles besser werden. Doch infolge des starken Widerstandes der bürgerlichen Parteien wurden wir davor bewahrt, den Eintritt in die bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung zu vollziehen. Freilich, schon die Erklärung der Bereitschaft zu diesem Schritt hatte weiteres Unheil im Gefolge.

2. Arbeitsgemeinschaft.

Als die SPD. bei den bürgerlichen Parteien unsere Zustimmung zu den Reitermaßnahmen nicht durchsetzen konnte, kamen überaus kluge Leute auf den Gedanken, unseren Eintritt in die Regierung den Demokraten und dem Zentrum dadurch schwächer zu machen, daß die beiden sozialistischen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft bildeten und verkündeten, und daß die USPD. lediglich als engere Arbeitsgenossin der SPD. zur Regierung zugelassen werden sollte.

Gemeinschaftlich gearbeitet hätten die beiden sozialistischen Fraktionen vom Augenblick der Ermordung Rathenaus ab. Die gemeinschaftliche Arbeit vollzog sich insbesondere bei der Vertretung des Minimalprogramms, und auch bei der Vertretung des Minimalprogramms, und auch ohne daß letzteres eine Arbeitsgemeinschaft abbildete und bekanntgab. Um der gemeinsamen Arbeit willen war also die formale Arbeitsgemeinschaft ganz gewiß nicht notwendig. Aus diesem Grunde wurde sie auch nicht gefordert. Verlangt wurde sie, um unserer Partei den Zugang zur Regierung zu erleichtern.

Gerade diese Begründung aber machte die Verkündung einer Arbeitsgemeinschaft für unsere Partei recht entwürdigend. Als USPD. durften wir nicht in die Regierung, als solche war unsere Partei für die bürgerlichen Regierungsparteien unverdaulich. Aber im Schlepptau der SPD. und

von dieser gedeckt, meinte man, uns gewissermaßen heimlich in die Regierung bugstieren zu können.

Eine solche Zumutung hätten wir von vornherein ablehnen müssen, schon um der Würde unserer Partei willen.

Wir hätten die Arbeitsgemeinschaft aber auch zurückweisen müssen, um uns unsere Selbstständigkeit zu erhalten. In der gemeinsamen Arbeit mit der SPD. war unsere Fraktion bis dahin völlig souverän gewesen. Jede Fraktion machte bei Vorbereitung der Beratung der Schutzesche Vor schläge. Wenn die andere Fraktion solche Vor schläge ablehnte, hatten wir die Freiheit, entsprechende Anträge allein einzubringen, eine Freiheit, von der wir auch Gebrauch gemacht haben. Anders nach Bildung der formellen Arbeitsgemeinschaft! Diese verpflichtete uns, können wir uns mit der anderen Fraktion nicht einigen, so stehen wir sofort vor der Frage der Kündigung der Arbeitsgemeinschaft, und eine solche Kündigung kann, nachdem die Arbeitsgemeinschaft einmal geschlossen und verkündet ist, nicht ohne weiteres ausgesprochen werden.

Also um dieser unserer Bindung wegen, die mit dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaft eintreten muß, hätten wir, wenn wir selbständig bleiben wollten — und eine Partei, die ihre Selbstständigkeit aufgibt, gibt sich selbst auf — die Arbeitsgemeinschaft ablehnen müssen. Wer freiwillig auf die Selbstständigkeit unserer Partei kein Gewicht mehr legt, kann allerdings in der Arbeitsgemeinschaft nichts Schädliches finden.

Ueberflüssig zu sagen, daß die Partei nicht um ihrer selbst willen da ist und alle, die für ihre Selbstständigkeit sich einsetzen, nach wie vor davon durchdrungen sind, daß nur die USPD.-Politik im Interesse des gesamten Proletariats liegt.

Indessen wurde der Hauptzweck der Bildung der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft nicht erreicht: die bürgerlichen Koalitionsparteien lehnten die USPD. als Regierungspartnerin auch nach Abschluß der Arbeitsgemeinschaft ab.

Wir sind also wieder in unseren Entschlüssen frei, und der Parteitag wird über die Frage der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien zu entscheiden haben. Gegen eine gemeinsame Arbeit der beiden Fraktionen in bestimmten Fragen ist nichts einzuwenden. Sie liegt in der Richtung der von allen gewünschten Einheitsfront der sozialdemokratischen Parteien im Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion. Aber eine formelle Arbeitsgemeinschaft, die uns bindet, die uns unter Umständen zwingt, um nicht das gemeinsame Arbeiten in die Brüche gehen zu lassen, eine Stellung zu beziehen, die wir aus eigenem Entschluß niemals eingehen würden, eine solche Arbeitsgemeinschaft muß der Parteitag ablehnen.

Wir wollen und finden zu gemeinsamer Arbeit am liebsten mit der rechtssozialistischen und auch mit der kommunistischen Fraktion, und wenn diese Fraktion noch nicht zeit zur gemeinsamen Aktion ist, mit den rechtssozialistischen allein. Aber frei wollen wir uns gegenüberstehen und uns das Recht zu eigener Politik wahren.

3. Reichstagsauflösung.

Als die Einbeziehung unserer Partei in die bürgerlich-rechtssozialistische Koalition an dem Widerstand der bürgerlichen Regierungsparteien gescheitert war, entstand die Frage, ob man versuchen sollte, diesen Widerstand durch eine Auflösung des Reichstags und durch Neuwahlen zu brechen. Die SPD. erklärte sich bereit, einen solchen Versuch zu unternehmen, falls unsere Fraktion dies wünsche. Damit war von der rechtssozialistischen Fraktion in sehr geschickter Weise die ganze Verantwortung für den weiteren Verlauf des Kampfes zum Schutze der Republik auf uns abgewälzt.

Bei den Neuwahlen wäre dann aber nicht lediglich, wie vielfach behauptet wird, die Frage zu entscheiden gewesen, ob die USPD. in die Regierung eintreten sollte, eine Frage, die natürlich die ungeeignetste Wahlparole abgegeben hätte. Im Vordergrund des Wahlkampfes hätte vielmehr eine viel wichtigere Frage gestanden: Wie soll die Republik geschützt werden? Die Wahlparole wäre gewesen: Für die Republik oder für die Monarchie?

Den Wahlkampf unter diesem Zeichen stattfinden zu lassen, hatten wir bis zu einem gewissen Grade in der Hand. Denn die Gestaltung des Gesetzes zum Schutze der Republik und damit das Schicksal der Reichsregierung und des Reichstags war von uns abhängig. Lebten wir dies Gesetz ab, so war die zu einer Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden. Die Reichsregierung mußte den Reichstag auflösen und der Wahlkampf wäre beherrscht worden von der Parole: Schutze der Republik, also von der Frage: Monarchie oder Republik.

Konnten wir für das Schutzesetz stimmen? Nach meiner Auffassung war diese Frage schon deshalb zu verneinen — auf andere aus der Notung des Gesetzes zu entnehmende Gründe soll hier nicht eingegangen werden — weil das Schutzesetz auch gegen links anwendbar ist. Das habe ich bei allen Beratungen ausdrücklich hervorgehoben, und die Tatsachen haben mir — leider — nur zu schnell recht gegeben. Denn inzwischen ist das Gesetz nicht nur zur Unterdrückung unserer und der kommunistischen Presse, sondern auch bereits zum Verbot einer rechtssozialistischen Zeitung benutzt worden. Unsere Fraktion, die sich für die Zustimmung zum Schutzesetz entschieden, hat damit einem Gesetz zur Annahme verholfen, das, wie voraussehbar war und vorausgesetzt wurde, zur Unterdrückung der Arbeiterklasse benutzt wird.

Nachdem jetzt die Reichsregierung durch die mit Bayer in getroffenen Vereinbarungen auch noch vor dem Sturzruin der bayerischen Regierung zurückgewichen ist, zeigt sich noch deutlicher, daß unsere Fraktion einen schweren Fehler begangen hat, als sie einem unzulänglichen und außerdem der Arbeiterbewegung schädlichen Gesetz ihre Zustimmung gab.

Ein Teil der Fraktion wollte Neuwahlen um jeden Preis vermeiden. Ein unzulänglicher Standpunkt für die Fraktion einer wirklichen Kampfpartei! Statt, daß man mit Begeisterung in den Wahlkampf eintrat und darauf brannte, unter der aufsteigenden Parole Monarchie oder Republik in der ständigen Konstellation einer Einheitsfront der Arbeiterparteien einen energischen Wahlkampf zu führen, wie man der Entscheidung aus, und es kann nicht ohne Verantwortung gesagt werden: die USPD. trägt die volle Verantwortung dafür, daß die große Bewegung, die nach der Ermordung Rathenaus entstand, in einem faulen Kompromiß verfaulende.

Also wir durften schon an sich nicht einem so schlechten und gefährlichen Gesetz wie dem Schutzesetz zustimmen, und wir durften die Zustimmung noch weniger ausdrücken, nur um einem Wahlkampf zu entgehen.

4. Die Verschmelzung der SPD. und USPD.

Die Enttäuschung über den fast ergebnislosen Ausgang des großen Kampfes um die Erhaltung der Republik hat jetzt in weiten Kreisen der Arbeiterschaft eine Stimmung hervorgerufen, in der man sich vielfach dem, wie mir scheint, irrigen Glauben hingibt, eine Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien würde die Durchsetzung einer stärkeren Linksorientierung der Reichsregierung und einer stärkeren Sicherung der Republik und auch die Durchführung des Sozialismus erleichtern.

Eine solche Stimmung zu leugnen, liegt mir völlig fern. Aber dürfen wir uns von dieser Stimmung leiten lassen? Ist es wirklich nur unsere Aufgabe, und von Stimmungen, welche die Masse ergriffen haben, treiben zu lassen? Oder ist es nicht vielmehr unsere Pflicht, kühl und ruhig zu prüfen, ob die Arbeiterbewegung jetzt durch eine Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien wirklich gefördert wird? Von einer Stimmung ließ sich die Arbeiterbewegung im August 1914 verführen. Die katastrophalen Folgen sind

bekannt. Auch auf dem Gallener Parteitag waren es in der Hauptsache Stimmungsmomente, die bei vielen für Moskau den Ausschlag gaben. Unter den Folgen haben wir heute noch zu leiden. Soll jetzt abermals die Stimmung der Arbeitermassen für die Politik unserer Partei entscheidend sein?

Der Umschlag der Stimmung in den Kreisen, welche bisher einer organisatorischen Wiedervereinigung der beiden Parteien widerstrebten, ist kein Argument. Jeder Genosse muß in aller Ruhe überlegen, ob wirklich die jetzt geplante Verschmelzung die gesamte Arbeiterbewegung vorwärts bringt, ob sie die von uns allen erstrebte Einheit des ganzen Proletariats fördert oder hindert.

Vielmehr wird die Herstellung einer Einheitsfront und die organisatorische Verschmelzung der Arbeiterparteien nicht auseinandergehalten. Die Einheitsfront ist die Herstellung einer geschlossenen Kampflinie für einen bestimmten Zweck, zur Durchführung eines bestimmten Programms, unter Wahrung der Selbstständigkeit der beteiligten Parteien in allen Fragen, die mit der gerade in Frage stehenden Aktion nicht im Zusammenhang stehen. Etwas ganz anderes ist die Verschmelzung zweier Parteien, die natürlich nur dann Sinn und Bedeutung hat, wenn jede Partei ihr Eigenleben aufgibt, und die eine Partei vollständig in der anderen aufgeht.

Die Vereinigung von SPD. und USPD. kann die vollständige Einigung des gesamten Proletariats schon deshalb nicht bringen, weil die kommunistische Partei nicht einbezogen ist. So lange diese Partei der Verschmelzung fern bleibt, kann von einer wirklichen Einigung des ganzen Proletariats keine Rede sein.

Ist aber die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien nicht wenigstens ein Anfang zur Wiedervereinigung des Gesamtproletariats, ein Anfang, der eine spätere Verschmelzung mit der KPD. erleichtert? Wäre dies der Fall, so ließe sich über die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien reden. Aber dem ist nicht so. Denn jetzt steht die USPD. zwischen SPD. und KPD. Sie ist eine Art Bindeglied zwischen den beiden anderen Parteien, und wir haben es immer als historische Mission gerade unserer Partei angesehen, die Wiedervereinigung der drei Arbeiterparteien herbeizuführen. Wenn die USPD. jetzt verschwindet, wird die Kluft zwischen der vereinigten sozialistischen Partei und der kommunistischen Partei noch größer und die Einigung des gesamten Proletariats in noch weitere Ferne gerückt werden.

Und wie wird die vereinigte sozialistische Partei aussehen? Kann denn ein neues Programm und können organisierte Sicherungen die vereinigte sozialistische Partei davor schützen, in die von uns bekämpften Fehler der rechtssozialistischen Partei zu verfallen?

Die rechtssozialistische Partei kann sich, wenn sie klug geleitet wird, bei den Einigungsverhandlungen eine große Rolle leisten. Sie kann das östliche Programm aufgeben, und uns ein anderes Programm vorgeben, das sogar die Möglichkeit offenläßt, in der neuen Partei die Ideen der Diktatur des Proletariats und des Rätesystems zu propagieren. Wird die Praxis der neuen Partei — und auf diese kommt es doch an — deshalb anders aussehen als die der jetzigen rechtssozialistischen Partei?

Wir werden zu dieser Partei stoßen in einem Augenblick, in welchem auch bei uns die Freunde der Koalitionsregierung die Mehrheit der Partei hinter sich haben. Aus diesem Wandel der Anschauungen unserer Partei kann die SPD. eine Bestätigung der Richtigkeit ihrer Politik herleiten. Wie aber sollen wir in der neuen Partei unseren Klassenkampfstandpunkt vertreten oder gar durchsetzen, wenn die Koalitionspolitik sich nach der Ansicht der großen Mehrheit der Partei als richtig erwiesen hat. Das schöne Programm schützt uns nicht vor einer mit diesem Programm unvereinbaren Praxis. Das haben wir doch gerade am eigenen Leib verspürt, als die Mehrheit der Fraktion gemäß dem Gutachten der Reichskonferenz trotz des einmündigen Leipziger Manifestes Koalitionspolitik zu treiben begann. Die Praxis einer Partei ist das Entscheidende. Und was kann die Praxis der neuen Partei, die sich jetzt bilden soll, anderes bringen als Koalitionspolitik und damit das Aufgeben des Klassenkampfes. Kann jemand glauben, daß die Partei, die schon vor 1914 sehr bedenklich reformistisch beeinflusst war, die im August 1914 den Bürgerfrieden mit dem Bürgerium schloß und seit damals mit kurzen Unterbrechungen immer Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien machte, die jetzt unsere Unterstützung fand, gerade in ihrer Koalitionspolitik plötzlich, weil wir zu ihr stoßen, grundlegenden Änderungen ihrer Politik vornehmen wird? Auf welche Handlungen der SPD. läßt sich diese Zuversicht?

Ebensowenig können wir organisatorische Sicherungen davor schützen, daß die neue Partei die bisherige Politik der rechtssozialistischen fortsetzt. Denn selbst wenn unsere Partei völlig passiv auf dem Verschmelzungsparteitag und in der Besetzung aller Parteiamter zugehört wird, gewährt uns das nicht die geringste Aussicht, den Vertretern des Klassenstandpunktes entscheidenden Einfluß zu haben, weil unter den Vertretern unserer Partei zahlreiche Genossen sind, die den rechten Flügel der SPD., der in dieser Partei maßgebend ist, stärken würden.

Bei dieser Sachlage kann überhaupt ernstlich von einer Verschmelzung der SPD. und USPD. gar nicht gesprochen werden, und die Frage, vor der wir stehen, muß korrekt so gefaßt werden: Will die USPD. in die SPD. eintreten?

Selbst wenn formell und dem Namen nach aus den beiden sozialistischen Parteien eine neue, eine vereinigte sozialistische Partei gebildet werden sollte, kann dies nach der ganzen Praxis der an Mitgliederzahl und Bedeutung stärkeren SPD. nur eine Reformpartei werden. Sie wird vielleicht — gewißlich durch die Erfahrungen der Arbeitszeit — Vertretern des revolutionären Sozialismus zur Propagierung ihrer Auffassungen zunächst Raum lassen, aber von einer Durchsetzung dieser Anschauungen wird keine Rede sein können.

Unter diesen Umständen würde die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien — jetzt vorgenommen unter den jetzt möglichen Bedingungen, eine neue Partei — vielleicht auch nur eine vergrößerte SPD. entstehen lassen, die überwiegend reformistisch orientiert ist, eine Partei, in der bestenfalls reformistische und revolutionäre Tendenzen miteinander ringen, eine Partei, in der dann dieselben Kämpfe stattfinden, welche jetzt zwischen den beiden sozialistischen Parteien ausgetragen werden.

Das Ergebnis einer jetzt vorgenommenen Verschmelzung wäre also nicht eine einheitliche, sondern eine in sich gesplittete, jeden Augenblick von neuer Spaltung bedrohte Partei. Sie würde nicht die in sich geschlossene Partei sein, welche die Einigung auch nur der in dieser Partei vertretenen Teile des Proletariats bringen könnte.

Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien würde außerdem zur Folge haben, daß viele Mitglieder unserer Partei den Weg zur SPD. nicht mitmachen und entweder die USPD. ausrechterhalten oder zu den Kommunisten gehen oder teilnahmslos beiseite treten.

Nur das Feuer des Klassenkampfes kann die sozialistischen Parteien zu einer Einheit zusammenschließen. Erst wenn dies geschehen, wenn eine Hebereimung der Parteien über die Methoden des Klassenkampfes erzielt ist, kann die organisatorische Verschmelzung der Parteien erfolgen.

Gerade weil ich die Einigung des Proletariats wünsche, bin ich gegen die jetztige Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien.

Frauen-Welt

Beilage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Presse

Ein Dasein von Tausenden

„Ich möchte doch mal zu Muttern kommen“ — behalle mir ein großer schlunziger Junge. Seine merklich länglichen Wangen sehen mich neugierig und jubelnd an.

In einem allen schmerzigen Hause des Millionenstadt Berlin wartete schweißig eine Gebärende auf Eröffnung. Dem neunten Kinde wollte sie das Leben künden. Mit einem Ruck erkannte ich das große Kind. Unter schmerzlichen Tönen lag eine stummende Frau, drei kleinere Kinder hockten auf einem zerbrochenen Strohlager. Derweil: lachten sie an einem rötlichen Flügeln. Alles war auf dem linken Auge erblindet und das andere bejaht einen Klumpfuß, außerdem litten sie an Krachbitten zu liden. In analogen Erfindungsanfällen wanden sie sich und bröckten die dünnen Kerker nach der Mutter. Doch die konnte ihnen nicht helfen, denn sie litt selbst wie ein gejagtes Tier.

In der früheren letzten Küche spielten die größeren Kinder, das eine war ideothig und konnte nicht sprechen. Ein wackelndes Beben drang aus keinem lächlichen Munde. Kein Schreier — kein Gähngeräusch war zu hören — nur einige zerbrechende Teller und Töpfe hingen auf dem Tisch.

Nachdem mir die Frau einige Fragen beantwortet, erfuhr ich ... Die Kerker lag ich einigen Tagen in bestigen Schweiß und hatte nach keiner Hilfe gesucht. Aber jetzt konnte sie die Quader nicht mehr ertragen und sie hatte um meinen Beistand gebeten.

Ich unterzückte — und erkannte die große Gefahr, in der die Frau lag. Sofort machte ärztliche Hilfe herbei — doch war sie verloren.

Ich läutete die Frauenkammer an, die mir sofort Kerker versprochen. Aus sich es alles für die Operation riefen. Das war nicht leicht, denn was ich anforderte, hatte vor Schweiß kein Kind laubere Wärme war im Hause, nicht eine reine Schüssel, nicht — gar nicht, was unbedingt notwendig war. Die verwickelten Weichheitsfäden aus meiner Tasche kamen ablesen, außerdem wählten die Frauen im Hause stehen, was in ihren Kräften stand.

Die Kinder waren herausgehoben, plötzlich sah ich die Tür auf und einer der Knaben kam übermäßig bereitwillig:

„Mutter, bringe das Apfelsinen gefast“, dann erwiderte er an unsere Ohren. Die Frau schlug einen Kommt die geschwundenen Augen nieder, denn sagte sie hier: „Gut es noch hier?“

Ja, er hatte noch eine. — Und mit Freidungser sich sie mit den Jahren die Schule herunter und verfielung die stilligen Erde.

Da ritteste ein Hals verdächtig, hastige Schritte erklimmten die Treppe und drei Gestalten traten herein.

„Was ist, Schwester?“
„Eine verblödete Cauerlage, Herr Oberarzt.“

Ein leiser Pfiff drang aus seinem Munde, und seine Sohlen schloß knurrend, begann er sich zu bekräftigen. Die beiden Studierenden hielten etwas unglücklich an und wählten nicht wohl zu ihren leidenschaftlichen Wänden. Endlich entschlossen sie sich, die beiden an die Beherrenriege zu hängen.

„Schnell das Cauerfell, Schwester!“ — und in den nächsten Minuten war die Patientin per Operation erledigt. — Einer der Kerker legte die Hande auf und gab der Wachen den Oberarm.

Ein hochbedrücktes Säugel, ein langgezogenes Gesicht — ein Zusammenkrampfen aller Muskeln — und die Frau schloß den barmherzigen Schlaf der Kerker. Die harre Spannung der Glieder löste sich langsam und der Operateur

konnte arbeiten. Es war ein schmerzhaftes Werk — und der beste Schmerz rann ihm von der Stirn. Die Frau begann plötzlich beim Nimmern zu rufen, und mit einemmal ließ das Geben und Ernten der Hand nach.

„Unterhieser vor!“ Kommandierte der Oberarzt und blieb geworden kam der Kerkerleuten diesem Befehle nach. Die Patientin atmete wieder und der Puls wurde ruhig.

„Macht fort!“ rief er laut — und da war auch schon ein harter Knabe extrahiert. Die Mutter begann wieder zu nimmern, und wir legten sie vorsichtig in das Bett zurück.

Das Kind war lebendig — seine Gliederchen blühen weiß und schloß herab und der harte Kopf fiel zur Seite.

„Wächterbeobachtungsoberfläche, schnell, schnell!“ verordnete der Arzt. Ich leg dem Kind den Schlein und der Aufströbe — machte lächelnde Mimik — freute seine kleinen Körper — und es in das warme und tolle Bad — und hatte Erfolg: das Kind lachte ...

Ich konnte zufrieden sein. Warum war ich es nicht? — Mit ihrem, gezeichneten Blicken haben die jungen Stadterenden um. Waren das auch Menschen, die hier haufen? Aus der Küche wurde das Geulen der Kleinen und ich sah die Stimme des großen Jungen klingen.

Die Mission der Kerker war erfüllt — der Frau ging es gut, sie war dem höheren Tode entzogen. Sie würde leben und weiter Kinder erbaren ... Die erwachte und schloß sich erst auf die grauliche Gegenwart besinnen zu müssen.

„In das Kind tut?“ fragte sie plötzlich mit einem Aufblickern ihrer kumpfen Augen.

„Nein — es lebt“, erwiderte ich, und der Gussungsblick im Blick des armen Weibes erlosch. „Es lebt!“ rief sie verständig. Schwere Tritte tapeten die Treppe hinauf. „Mein Ober!“ rieferte die Frau oben. Knastend verfrach sie sich unter die Tode, sie hatte Burcht vor dem, dem sie lebten ein Kind geboren.

Angestanden fortsetzte er an ihrem Bette vorbei — lasse unverkündliche Worte und zog sich in die Küche zurück. — Dort schlug er auf die bangen Kinder ein, so daß die Zimmerer durch ganze Haus gellte. Schlußreden kam eine von ihnen heraus — eine leise Schnapfflaße im magerten Kerker.

Die beiden kleinen Mädchen schritten von der Arbeit heim. Die Größere warf einen schlunppigen Blick auf die Mutter, während die Kleine im Tischen ausstrahlte. Ungewohnt schaute sich die Ältere das kruppige blonde Haar, legte einen allen verlogenen Stimmensatz auf und sagte froh lachend zur Tür hinaus.

„So macht sie es alle Tage, heute die Mutter verbannt, ich kann sie nicht halten. Ich habe Bange, daß sie in Zwangsunterkunft kommt.“

Mit ich am nächsten Tage meines Mädchens behuchte, sprach ich einseitig zurück. Ihr Gesicht war blutgeschlammig und nicht aufzulösen — die Augen blühten überdacht und ihr Puls stieg.

„Was ist Ihnen passiert?“ fragte ich angestört. Und was sie mir erzählte, erfüllte mich mit tiefer Empörung.

Ihr Mann hatte im Ernst keine tierischen Gefühle befruchtigen wollen — sie hatte sich geweiht — da schug er auf die Hüfte ein und legte seinen Willen durch ...

Nun sollte ich barmherzig sein und sie noch heute in die Charité schaffen, sie wolle — sie müsse ein wenig ruhen. Welch mahelotes Brauen machte dieses Weib von keinem Dolcin haben, daß es die kleinen Kinder verlassen wollte.

„Mutter — Mutter!“ Von allen Seiten gelies mir in die Ohren. „O Mann ich bin krank!“ Ich bin gesunde Weib auf.

Ich lernte bald, daß man die elenden Kinder im Krankenhaus aufnahm. sechs Wochen wählten sie dort, während die Mutter sich langsam erholte und nach einigen Tagen entlassen wurde. Das Herz voller Sehnsucht ging sie heim — die Kinder warteten ja.

Welches von ihnen wird ein wertvolles Mitglied der Menschheit werden? — Wie darf man die Eltern haben und noch sagen:

„Seid froh über und meinet Euch!“

Tagelöhne von Kindern

Die kindliche Phantasie bewegt sich besonders gern in fernem Weiten und dem Unvollständigen. Aber wenn ich diese kindlichen Phantasiebilder zu den Tagelöhnen verbinde, die das Kind beherrschen, dann ist das ein Zeichen von einer vererbten Veranlagung, die beachtet werden muß. Ein Kinderarzt, der auf diese Erziehung im Seelenleben unserer Kleinen die Aufmerksamkeit lenkt, meint, man könne das tagelöhnerische Kind, das gesundheitlich nicht sehr entwickelt ist, daran erkennen, daß es sich von den Spielzeugen der Geschickten fernhält. Solch kleine Erdmännchen lassen sie einläufig, um sich den wunderbaren, aber nicht ungeschicklichen Spielen ihrer Phantasie ganz hinzugeben. Nicht selten sind es Knasträume, die dem Kind heimlich überlassen. Das Kind ist nicht ständig in der Spielstube liegen, läßt zur Mutter oder zur Pflanzin und bringt ihr den Kopf in ihrer Schürze. Der Vorgesetzte braucht nur eine halbe Minute zu denken; er kann sich aber auch über eine Viertelstunde ausdehnen, und meistens wird dies als Ungehorsamkeit oder Ungezogenheit des Kindes aufgefaßt. Bei schwer vererbten Kindern heigern sich diese Tagelöhner in Veranlagungen, in denen sie sonst bestimmte Dinge sehen und hören. Solche Erbschaftsmerkmale des kindlichen Seelenlebens, denen gesundheitlich auch im Schlaf bester Träume entsprechen, sind auf den Geschicklichkeitsstand der Kinder von kindlichem Geistes. Alle kleinen Kinder haben Freude, und viele von ihnen verdienen nicht nachzuhaken vor ihren Eltern oder denen, die sie beaufsichtigen. In dem vererbten Kind sind diese Nachzustände häufiger und härter; sie wirken lähmender und müssen daher sorgfältiger beachtet werden. Das einzige Mittel gegen solche krankhaften Tagelöhner ist richtige Behandlung des Kindes; Krampfen haben keinen Zweck. Man sollte den vererbten Menschen der Kleinen nachspüren, sie zum Boden bringen und sie von der Nichtigkeit ihrer Vererbungen überzeugen. Auf viele Weile werden Vererbungsstörungen möglichst vermieden werden. Vor allem aber muß man das Kind mit gleichartigen Menschen zusammenbringen, darf es nicht viel lesen lassen, sondern muß es auf mechanische Beschäftigungen hinleiten, es im Garten oder mit einer Handarbeit ablassen.

Doppelte Moral und Prostitution

O. V. Kirgends tritt bekanntlich die doppelte Moral anderer in verächtlichen kapitalistischen Gesellschaften deutlicher und freier an den Tag als in der Stellungnahme zur Prostitution. Während von „Staats wegen“ jede Prostitution schwer unter Strafe gestellt wird, wird das Verbrechen von den Stützen der Gesellschaft als ein notwendiges Übel angesehen. Die den Bourgeoisien die Lust am Geld und die den Arbeiterinnen die Lust an der Arbeit, die durch die ungleichen sozialen Verhältnisse ihren Körper der künftigen Bequemlichkeit preisgeben müssen.

Die innere Widersprüchlichkeit der herrschenden bürgerlichen Auffassung zum Problem Prostitution kommt am deutlichsten zum Ausdruck in der offiziellen Stellungnahme der Behörden. Sehr treffend wird in der letzten Nummer der Zeitschrift „Die neue Generation“ geschrieben, daß in Deutschland, wie der berühmte Knastredant lautet, Verdelle „im politischen Sinne“ eine zwar nicht bekannte, aber in der Arbeit aber noch tiefere künftigen, die geistige und körperliche Gesundheit schwer lähmenden Zustände herrschen, weil der

Verderblichkeit im Verbrechen geübt und der Polizei auch bekannt ist.

Die eben genannte, von Dr. Helene Stader herausgegebene Zeitschrift polemisiert in demselben Artikel gegen die Unentschiedenheit, mit der eine Münchener Zeitschrift „Die Gegenrechnung“ eine nationalitätliche Stimmung gegen die Franzosen zu erzeugen sucht mit der Behauptung, daß in den von den Franzosen beherrschten Gebieten wieder eine große Anzahl neuer Verdelle haben eingeschleust werden müssen. So in Siegburg, Rastatt, Kaiserslautern, Koblenz, K. Mainz, Trier, Tübingen, Ludwigsweiler, Mainz, Juch, Weissenau, K. Mainz, Wingen, Völklingen, Gochs a. M., Wiesbaden, Griesheim bei Frankfurt, Jöheln (Lombard), Saenger, Trier. Nach dieser Mitteilung sollen die Kosten, die Deutschland dafür zu zahlen hat, verlässlich 700.000 Mark betragen. (In Wahrheit wird die Summe viel größer sein.)

Die Tatsache an sich ist bedauerlich und bekämpfenswert. Aber sie ist nur ein Zeichen der „höchsten Kulturhöhe“ des Kapitalismus, die sich äußert in dem Maße, in dem die Vererbung im Verfall ist, und der zu erlösen ist, daß zwar das Vererbung jede Kuppel verdrängt, das aber Geistes und Kulturwissenschaften in ihrem Bildungsgrade leben. Das wird in allem Ueberflusse noch bewiesen, durch ein „Kulturdocument“ der deutschen Elternschaft in Bonn, das mir aus Raumangel leider nicht zum Ausdruck bringen können. Es ist ein Ergebnis derselben künftigen, phantastischen und ungeschicklichen Weiser, wie der Welt überhaupt ist, der eine Reglementierung der Prostitution möglich macht, der die künftigen Bildergröße zwischen Gesetzgebung und Vollzugsorgane vorschreibt.

Der ständige Vorkämpfer der „Kulturdocument“, der „Neuen Generation“ zur Verfügung steht, meint, daß diese künftige Verfassung eines Teiles der Frauen keine Frau, aber auch kein unabhängiger geistiger Mann länger dulden dürfe. Sehr richtig. In allen Teilen unserer freien Republik sind diese Zustände dieselben. Das Gesetz verbietet die Kuppel — die Polizei realisiert die Prostitution und erhebt keine noch Gebühren. Kräfte und stehender kann sich der Jammertopf unserer bürgerlichen Gesellschaft nicht zeigen.

Also: die deutschen und französischen Behörden haben in dieser Beziehung einander nichts vorzumerken, sie sind einander wert. Es wird unsere Aufgabe in den Parlamenten sein müssen, die bürgerliche Doppelmoraligkeit der bürgerlichen Ordnungsgesetze in jenseitiger Moral zu brandmarken, und den Kampf aufzunehmen für die physische und geistige Gesundheit der Bevölkerung und damit auch für jene armen, bedauernswürdigen Frauen, die die Opfer dieser „Institution“ geworden sind.

Die neuen Schwangerenärztlichen, Schwangerenärztlichen, namentlich in den ersten Monaten, schaukeln, ist ein recht hässliches. Man hat nun, nach der „Arbeiter“, Frankfurt a. M., erzählt, daß nach nächstem Monat von 100 Gramm Frauenbrot oder 75 Gramm Weiz und 100 Gramm Weizenbrot mit viel Tee bei Schwangeren Kinder im Darm angeschwollen wird. Diese Ausschüttung beginnt 7 Stunden nach dem Essen und hält 2-3 Stunden an. Raucher und Jäger haben diese Tortur bestritten. Die Frau ist ein höheres Zeichen der Schwangerenärztlichen.

Schick Urteile als Kinderheim. Nach Pariser Arbeitermännern ist jetzt das Schicksal des früheren deutschen Kaiser in Urteile bei Weiz, das Wilhelm II. bei seiner Ausweisung in die Schweiz bringen ließ für längere Zeit zu bewahren pflegte, in einem Berliner Heim umgewandelt worden, in dem vierhundert Kinder aus den gefährlichen Gebieten des französischen Nordens Aufnahme finden sollen.

Schweizerische. Die Schweizer Stabsbehörden haben nach dem Vater der im Reineu errichteten Kurie des Rhein-Weissenau-Weissenau-Weissenau, in denen als Unterrichtsgegenstände Volkstanz, Gartenarbeit, Gärtnerei, Hühnerzucht, Schneidererei, Schmalzherstellung und Buchstabenkennzeichnung im Lehrplan haben. Diese Schulen sollen die Frau unabhängig machen und ihr das Leben als Soldaten erleichtern.